

Vorbemerkungen

Die Verfassungsbeschwerde ist zulässig, wenn die in der Verfassung und im Prozeßgesetz beschriebenen sowie die ungeschriebenen, von den Verfassungsgerichten entwickelten Sachentscheidungs Voraussetzungen vorliegen. Ob dies der Fall, könnten Sie in dieser Reihenfolge prüfen:¹

1. Antrag S. 2
 2. Frühere oder gleichzeitige Beschwerde zu einem anderen Verfassungsgericht? S. 2
 3. Beschwerdefähigkeit (Beteiligtenfähigkeit) S. 2
 4. Beschwerdegegenstand S. 3-4
 5. Beschwerdebefugnis (Prozeßführungsbefugnis) S. 4-8
 6. Verfahrensfähigkeit (Prozeßfähigkeit) S. 8
 7. Vorverfahren S. 9
 8. Frist S. 10
 9. Rechtsschutzbedürfnis S. 10
 10. Klarstellungsinteresse S. 11
 11. Spätere Beschwerde zu einem anderen Verfassungsgericht? S. 11
- Terminologie und Reihenfolge schwanken in der Rechtsprechung und Literatur, insbesondere weil die Prozeßgesetze insoweit wenig vorgeben.
 - Fehlt es an einer Sachentscheidungs Voraussetzung, sollten Sie die ihr folgenden Sachentscheidungs Voraussetzungen nicht mehr prüfen, es sei denn, die Aufgabenstellung legt eine hilfsweise Prüfung im Rahmen der Zulässigkeit nahe oder fordert sie ausdrücklich.
 - Auch wenn alle Sachentscheidungs Voraussetzungen vorliegen (zu ihnen auch die Merkblätter/Hinweise des BVerfG, des VerfGH Berlin und des VerfG Brandenburg **AB 72-74**), kann die Bundesverfassungsbeschwerde daran scheitern, daß das Bundesverfassungsgericht sie nicht zur Entscheidung annimmt; siehe §§ 15a, 93a-93d BVerfGG. Auf das **Annahmeverfahren** (siehe unten S. 10) gehen Sie jedoch im Rahmen einer Fall-Lösung nur dann ein, wenn Sie danach gefragt werden (und das wird äußerst selten sein).
 - Erweist sich die Verfassungsbeschwerde als unzulässig, kommt es auf ihre Begründetheit nicht mehr an. Sie prüfen die Begründetheit in diesem Falle nur („hilfsweise“), wenn Sie der Aufgabensteller dazu auffordert.
 - Ist in dem Fall, den Sie zu lösen haben, Verfassungsbeschwerde noch nicht erhoben, steht es Ihnen – vorbehaltlich anderer Aufgabenstellung – frei, zunächst die materiellrechtliche Lage (Begründetheit einer Beschwerde) zu untersuchen und sich erst dann – ggf. hilfsweise – der prozessualen Seite (Zulässigkeit einer Beschwerde) zuzuwenden.
 - Ist die Verfassungsbeschwerde zulässig, sehen sich die Verfassungsgerichte nicht darauf beschränkt, das angegriffene Verhalten am Maßstab des als verletzt gerügten Grundrechts zu prüfen; vielmehr ziehen sie u.U. **von Amts wegen** auch (ggf. ausschließlich) sonstige – nicht als verletzt gerügte – Grundrechte (ggf. auch solche der EU!) als Maßstab der Begründetheit heran² und darüber hinaus auch rein objektives Verfassungsrecht.³ Denken Sie also bei Ihrer Fallbearbeitung daran, in der Begründetheit auch solche Maßstäbe zu erwägen, die der Beschwerdeführer gar nicht geltend gemacht hat, sofern sie nicht ganz fern liegen.
 - Den verbreiteten Einleitungssatz „Die Verfassungsbeschwerde hat **Aussicht auf** Erfolg, wenn sie zulässig und begründet ist“ sollten Sie vermeiden. Eine zulässige und begründete Verfassungsbeschwerde **hat** Erfolg (und nicht nur Aussicht auf ihn), beim Bundesverfassungsgericht allerdings vorausgesetzt, es nimmt sie überhaupt zur Entscheidung an (zum **Annahmeverfahren** siehe unten S. 11), bei allen Verfassungsgerichten vorausgesetzt, sie folgen Ihrer Ansicht. Wenn Sie auf einen einleitenden Satz nicht verzichten wollen, der Ihren Lesern zeigt, daß Sie wissen, was ein erfolgreicher Antrag voraussetzt, könnten Sie unverfänglicher formulieren: „Ein Erfolg der Verfassungsbeschwerde setzt voraus, daß sie zulässig (dazu unter I) und begründet (dazu unter II) ist.“ Diese Formulierung (i.S. einer notwendigen, aber u.U. allein nicht hinreichenden Bedingung) schließt nicht aus, daß Weiteres (wie die Annahme zur Entscheidung oder allgemein, daß das Gericht Ihren Argumenten folgt) hinzukommen kann oder muß, um den Erfolg des Antrags zu sichern.
 - Fragen des **Verfahrensbeitritts** (§ 94 V BVerfGG, § 53 IV BlnVerfGHG, § 49 IV BbgVerfGG) gehören **nicht** zu den Sachentscheidungs Voraussetzungen! Sie sollten sie – außerhalb der Zulässigkeit – nur untersuchen, wenn die Aufgabe Anlaß dafür gibt oder der Aufgabensteller ausdrücklich dazu auffordert; das wird selten der Fall sein.
 - Beachten Sie Besonderheiten, wenn **Internationales Recht**, insbesondere Recht **der Europäischen Union**, im Spiel ist:
 - Dieses Recht kann **Gegenstand** der Prüfung sein (im Rahmen der sog. „Vorfragen“-Kompetenz des Gerichts), aber auch **Maßstab** (siehe unten unter 4.1. u 5).
 - Ob das Unionsrecht **zwingend** ist (und deutsche Maßstäbe verdrängt), hat das Bundesverfassungsgericht Ende 2022 einmal⁴ als Frage seiner **Zuständigkeit** noch **vor** der **Zulässigkeit** der Verfassungsbeschwerde geprüft; ob dieser Aufbau ständige – und dann auch für Sie relevante – Praxis wird, bleibt abzuwarten.

Bundesverfassungsgericht	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
Rechtsgrundlagen		
Art. 93 I Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90, 92-95 BVerfGG (AB 1)	Art. 84 II Nr. 5 VvB (AB 10), §§ 14 Nr. 6, 49-54 VerfGHG (AB 11) Die Landesverfassungsbeschwerde wird vom Grundgesetz stillschweigend toleriert (arg. Art. 142 GG ⁵), vom einfachen Bundesgesetzgeber ausdrücklich (§ 90 III BVerfGG).	Artt. 6 II, 113 Nr. 4 LVerf. (AB 13), § 12 Nr. 4, 45-50 VerfGG (AB 14)
1. Schriftlicher und begründeter Antrag		
1.1 Antrag gestellt?		
§§ 23 I, 92 BVerfGG	§§ 21 I, 50 VerfGHG	§§ 20 I, 46 VerfGG
<p>1.1.1 Formale Anforderung: Schriftform (Telefax genügt, email nicht); auch oder nur „elektronischer Rechtsverkehr“⁶</p> <p>1.1.2 Inhaltliche Anforderung: Begründung Die Begründung muß hinreichend substantiiert sein, d.h. sie darf es nicht als ausgeschlossen erscheinen lassen, daß die öffentliche Gewalt den Beschwerdeführer in seinen Rechten verletzt hat.⁷ Ob der Antrag dem genügt, können Sie im Grunde erst beurteilen, wenn Sie alle weiteren Sachentscheidungsvoraussetzungen kennen und geprüft haben. Es liegt insofern hier nicht anders als in anderen Verfahren. Für den Aufbau Ihrer Zulässigkeitsprüfung bedeutet das, daß Sie die Substantiierungslast zwar eingangs erwähnen sollten, aber, ob ihr genügt ist, abschließend erst nach der Behandlung der einzelnen Sachentscheidungsvoraussetzungen Nrn. 3-9 werden beurteilen können.</p>		
1.2. Antrag geändert?		
Sachdienliche Änderung zulässig ⁸		
1.3 Antrag zurückgenommen?		
1.3.1 Grundsatz: Dispositionsfreiheit des Beschwerdeführers – Rücknahme des Antrags führt zur Erledigung des Verfahren ⁹		
1.3.2 Ausnahme: Überwiegendes öffentliches Interesse an einer Entscheidung (allgemeine Bedeutung der Beschwerde, vorgerücktes Stadium des Verfahrens) auch nach der Antragsrücknahme ¹⁰		
2. Frühere oder gleichzeitige Beschwerde zu einem anderen Verfassungsgericht?¹¹		
Unerheblich: Bundesverfassungsbeschwerde zulässig, auch wenn Landesverfassungsbeschwerde erhoben ist oder wird oder werden könnte.	Erheblich: Landesverfassungsbeschwerde unzulässig, wenn Bundesverfassungsbeschwerde erhoben ist ... ⁷¹² (Achtung: nicht bereits, wenn sie erhoben werden könnte ¹³ ¹⁴). Zur späteren Bundesverfassungsbeschwerde („... erhoben wird ...“) siehe unten unter 11 (S. 9).	
§ 90 III BVerfGG („Das Recht, eine Verfassungsbeschwerde an das Landesverfassungsgericht nach dem Recht der Landesverfassung zu erheben, bleibt unberührt.“) ¹⁵ ¹⁶	Art. 84 II Nr. 5 VvB, §§ 14 Nr. 6, 49 I VerfGHG („soweit nicht ¹⁷ Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht erhoben ist oder wird“) ¹⁸	§§ 12 Nr. 4, 45 I VerfGG („soweit nicht in derselben Sache ¹⁹ Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht erhoben ist oder wird“) ²⁰
3. Beschwerdefähigkeit (Beteiligungsfähigkeit, grundsätzliche [abstrakte] Grundrechtsfähigkeit)²¹		
„jedermann“, sofern fähig, Subjekt eines Grundrechts oder eines in Artt. 20 IV, 33, 38, 101, 103 und 104 GG enthaltenen Rechtes (Art. 93 I Nr. 4a GG; § 90 I BVerfGG) zu sein.	„jedermann“, sofern fähig, Subjekt eines in der Verfassung von Berlin enthaltenen Rechts zu sein (§ 49 I VerfGHG ²²)	„jeder“, sofern fähig, Subjekt eines in der Landesverfassung gewährleisteten Grundrechts zu sein (Art. 6 II 1 LVerf., § 45 I VerfGG).

Bundesverfassungsgericht	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
Fortsetzung 3. Beschwerdefähigkeit		
<p>Also abstrakte Prüfung. Da jedermann unabhängig von seiner Rechtsgestalt grundrechtsfähig, jedenfalls (nach der Rechtsprechung) fähig ist, Subjekt der sog. Justizgrundrechte (Artt. 101 I 2, 103 I GG, Art. 15 I, V 2 VvB, Art. 52 I 2, III, IV 1 BbgLVerf.) zu sein, ist diese Sachentscheidungsvoraussetzung regelmäßig gegeben. Zweifelhaft sind allenfalls der Beginn der Beschwerdefähigkeit (vor der Geburt/vor der Gründung:²³ vor der Volljährigkeit?) und das Ende der Beschwerdefähigkeit (nach Tod/Auflösung?)²⁴</p> <p>Die konkrete Frage, ob das als verletzt geltend gemachte Grundrecht oder grundrechtsgleiche Recht erstens besteht, zweitens dem Beschwerdeführer zusteht und drittens möglicherweise verletzt ist, ist nicht Thema der Beschwerdefähigkeit, sondern (zusammen mit der Betroffenheit) der Beschwerdebefugnis (siehe daher erst unten unter 5).</p>		
4. Beschwerdegegenstand: Verhalten „öffentlicher Gewalt“		
Diese Sachentscheidungsvoraussetzung noch vor der Beschwerdebefugnis (unten sub 5) zu behandeln, liegt deswegen nahe, weil die Anforderungen an Beschwerdebefugnis nicht selten von der Art des angegriffenen Verhaltens der „öffentlichen Gewalt“ abhängen.		
Beachten Sie weiterhin: Die „öffentliche Gewalt“ wird nicht als Beschwerdegegnerin angesehen. Die Verfassungsbeschwerde kennt (anders als die föderativen Streitigkeiten i.e.S. [AB 49] und der Organstreit [AB 35, 36], aber ebenso wie die Normenkontrollen [AB 53, 54, 56]) keine Beschwerdegegner. Daher werden in diesem Verfahren die mit der „öffentlichen Gewalt“ zusammenhängenden Fragen nicht unter Stichworten wie Parteifähigkeit und passive Prozeßführungsbefugnis etc. behandelt.		
4.1 Nur deutsche öffentliche Gewalt?		
4.1.1 grundsätzlich ja ²⁵ Maßnahmen nichtdeutscher Hoheitsträger – insbesondere der Europäischen Union ²⁶ und anderer zwischenstaatlicher Einrichtungen ²⁷ – sind keine mit der Verfassungsbeschwerde unmittelbar angreifbaren Akte öffentlicher Gewalt i.S. von Art. 93 I Nr. 4a GG, § 90 I BVerfGG. ²⁸ Das heißt aber nicht, daß sie im Rahmen einer gegen deutsche Akte gerichteten Verfassungsbeschwerde irrelevant wären: Wenn sie entweder Grundlage für das Handeln deutscher Staatsorgane sind oder Reaktionspflichten deutscher Verfassungsorgane auslösen, behält sich das Bundesverfassungsgericht vor, „als Vorfrage“ ²⁹ ihre Übereinstimmung mit den eigenen, zwischenstaatlichen Ermächtigungsgrundlagen und ihr Verhältnis zu nach deutschem Verfassungsrecht nicht disponiblen Mindeststandards zu überprüfen.		
4.1.2 Für Akte der Europäischen Union entspricht dies inzwischen ständiger Rechtsprechung . ³⁰ Insbesondere geht es dabei (auch im Rahmen einer Verfassungsbeschwerde) um (1) eine sog. „ ultra-vires-Kontrolle “: Überschreiten EU-Akte „hinreichend qualifiziert“ (offensichtlich und gewichtig) die EU-Zuständigkeit? ³¹ (2) oder eine sog. „ Identitätskontrolle “: Konfliktieren EU-Akte mit nicht disponiblen Kernbereichen des Grundgesetzes (Art. 79 III GG) ^{32 33} Akte deutscher öffentlicher Gewalt sind nach dieser Rechtsprechung auch dann tauglicher Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde, wenn sie (1) sich auf EU-Recht stützen, das ihnen Spielraum läßt ³⁴ oder ihnen zwar keinen Spielraum läßt, wenn es aber darum geht, das Bundesverfassungsgericht zu einer Vorlage an den Europäischen Gerichtshof mit dem Ziel der Nichtigerklärung des EU-Rechts durch ihn zu bewegen. ³⁵ (2) durch Hinnahme von ersichtlich kompetenzwidrigen oder die deutsche Verfassungsidentität verletzenden Akten der EU ihre „Integrationsverantwortung“ verletzen. ³⁶		
4.1.3 Für Akte anderer zwischenstaatlicher Einrichtungen (Art. 24 I GG) gilt seit dem EPA-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 8. November 2022 wegen der „Parallelität“ von Art. 23 I und 24 I GG im Kern ³⁷ dieselbe „Vorfragen“kompetenz des Bundesverfassungsgerichts wie für EU-Akte ³⁸		

Bundesverfassungsgericht	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
Fortsetzung 4. Beschwerdegegenstand: Verhalten „öffentlicher Gewalt“		
4.2 Gewalt welches deutschen Verbandes?		
des Bundes und der Länder	des Landes Berlin, § 45 I VerfGHG	des Landes Brandenburg, Art. 6 II 1 LVerf., § 45 I VerfGG
	(1) sofern nicht bundes gerichtlich bestätigt Eine Landesverfassungsbeschwerde gegen die Entscheidung des Gerichts eines Landes kommt nicht in Betracht, soweit diese Entscheidung durch ein Bundesgericht in der Sache ganz oder teilweise bestätigt worden oder nach einer Zurückverweisung unter Bindung an die Maßstäbe des Bundesgerichts ergangen ist. ³⁹ In diesen Fällen fehlt es bereits an der Voraussetzung, daß die Beschwer der Betroffenen auf der Ausübung der Staatsgewalt des Landes beruht.	
	(2) Die gemeinsamen Berlin-Brandenburger Gerichte (Finanzgericht, Landesarbeitsgericht, Landessozialgericht und Oberverwaltungsgericht ⁴⁰ üben öffentliche Gewalt des Landes ...	
	... Berlin aus, wenn für die Streitigkeit nach altem Recht ein Berliner Gericht zuständig gewesen wäre. ⁴¹	... Brandenburg in den sog. „Brandenburger Fällen“ aus, wenn Ausgangsgericht ein Brandenburger Gericht war. ⁴²
	(3) auch bei der Anwendung von (Spielräume lassendem) Bundesrecht (a) Anwendung von Bundes verfahrensrecht ⁴³ (b) Anwendung von materiellem Bundesrecht ⁴⁴	
4.3 jede deutsche Staatsgewalt (gesetzgebende, vollziehende, rechtsprechende Gewalt): ^{45 46}		
Art. 1 III GG (nicht jedoch das Bundesverfassungsgericht)	Art. 3 I VvB (nicht jedoch der VerfGH)	Art. 5 I LVerf. (nicht jedoch das Verfassungsgericht)
4.4 jedes rechtserhebliche Verhalten („Handlung oder Unterlassung“⁴⁷ des Organs oder der Behörde“)		
siehe § 92 BVerfGG	siehe § 50 VerfGHG	siehe §§ 46 VerfGG
4.5 jede Rechtsform		
jede Handlungs form. (1) öffentlich- u privatrechtliches Handeln (2) Realakte und Rechtsakte		
jede Organisations form (1) öffentlich-rechtliche Organisation (2) privatrechtliche Organisation ⁴⁸ (a) sog. öffentliche Unternehmen (Alleinherrschaft des Staates) (b) sog. gemischtwirtschaftliche Unternehmen (Vorherrschaft des Staates)		
5. Beschwerdebefugnis (Prozeßführungsbefugnis)⁴⁹		
Beschwerdebefugt ist, wer substantiiert behaupten kann, (durch die öffentliche Gewalt) in einem seiner verfassungsbeschwerdefähigen Rechte verletzt zu sein.		
Das heißt im einzelnen: Das als verletzt gerügte Recht muß erstens überhaupt existieren (dazu unter 5.1) und zweitens dem Beschwerdeführer zustehen (dazu unter 5.2). Drittens muß der Beschwerdeführer betroffen sein (dazu unter 5.3), und er muß nach dem, was er vorträgt, möglicherweise verletzt sein (dazu unter 5.4). Die Voraussetzungen 5.1 bis 5.3 müssen objektiv vorliegen, die Voraussetzung 5.4 muß plausibel erscheinen (substantiiert vorgetragen sein). Das Bundesverfassungsgericht sieht die Betroffenheit (hier unter 5.3 behandelt) ausdrücklich als Thema der Beschwerdebefugnis an ⁵⁰ ; deshalb sollten Sie sie auch unter dieser Überschrift behandeln.		

Bundesverfassungsgericht	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
Fortsetzung 5. Beschwerdebefugnis		
Eine andere Frage ist es, ob Sie die anderen in diesem Arbeitsblatt ebenfalls unter Überschrift Beschwerdebefugnis behandelten Themen 5.1 (beschwerdefähiges Recht) und 5.2 (Rechtsinhaberschaft des Beschwerdeführers) besser außerhalb und vor der Beschwerdebefugnis behandeln sollten – wie es das Bundesverfassungsgericht gelegentlich ⁵¹ tut. An der Reihenfolge Ihrer Prüfung würde das nichts ändern.		
<p>Beachten Sie vorab:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Ein Verstoß deutscher öffentlicher Gewalt gegen EU-Recht kann mit der Verfassungsbeschwerde nicht gerügt werden; EU-Recht ist also (auch vermittelt durch Art. 23 GG und/oder Art. 2 I GG) grundsätzlich kein tauglicher Maßstab.⁵² Beachten Sie aber unten unter 5.1.2 (mit Nachweisen aus der Rechtsprechung): Wenn deutsche Grundrechte als Maßstab ausscheiden (weil durch Unionsrecht verdrängt), zieht das Bundesverfassungsgericht u.U. Unions-Grundrechte als Maßstab der Anwendung des Unionsrechts durch deutsche Stellen heran! • Ein Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention oder gegen (sonstiges) einfaches Bundesrecht kann mit der Verfassungsbeschwerde nicht gerügt werden.⁵³ Aber: Beide (EMRK und einfaches Bundesrecht) fänden allerdings „über Art. 31 GG Eingang in den Prüfungsmaßstab“ (?), wenn sich die Verfassungsbeschwerde (ggf. mittelbar) gegen Landesrecht richtet.⁵⁴ • Deutsche Grundrechte sind unabhängig davon völkerrechtsfreundlich (speziell auch konventionsfreundlich) auszulegen, und bei mehreren in Betracht kommenden Auslegungen verfahrensgegenständlicher Normen ist die völkerrechtskonforme zu bevorzugen.⁵⁵ 		
5.1 Beschwerdefähiges Recht?		
5.1.1 Rechte aus der deutschen Verfassung		
<p>5.1.1.1 Sofern nicht zwingendes Unionsrecht umgesetzt wird und die dann allein zum Zuge kommenden Unions-Grundrechte nicht generell einen den deutschen Rechten vergleichbaren Schutz bieten.⁵⁶ Daß Unions-Grundrechte ggf. auch anwendbar sind, steht dagegen der Verfassungsbeschwerde (und der Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts) nicht entgegen.⁵⁷</p>		
<p>5.1.1.2 Aufzählung („Grundrechte“ und die in Artt. 20 IV, 33, 38, 101, 103 und 104 GG enthaltenen [„grundrechtsgleichen“] Rechte) in Art. 93 I Nr. 4a GG, § 90 I BVerfGG⁵⁸</p>	„in der Verfassung enthaltene Rechte“	„ein in der Verfassung gewährleistetes Grundrecht“
5.1.1.3 Problem 1: Ermittlung des Rechts oder seines Umfangs		
<p>Artt. 33, 38, 101, 103 GG enthalten nicht nur Rechte Umfang der Rechte kann streitig sein. Besonders problematisch die sehr weite Deutung des rügefähigen Wahlrechts (Art. 38 I 1 GG), das in Verbindung mit Artt. 20 I, II, 79 III GG den Bürger davor schützen soll, daß sein Anspruch auf demokratische Selbstbestimmung, d.h. seine Mitwirkung an der durch Wahl bewirkten Legitimation der Staatsgewalt und seine Möglichkeit, ihre Ausübung zu beeinflussen, in inzwischen ständiger Rechtsprechung.⁵⁹</p>	<p>VvB Abschnitt I: Was ist Grundrecht, was Staatsziel? Übrige Abschnitte: Wo verbergen sich weitere subjektive Rechte?</p>	<p>LV 2. Hauptteil: Was ist Grundrecht, was Staatsziel?</p>

Bundesverfassungsgericht	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
5.1.1.4 Problem 2: Ungeschriebene Verfassungsrechte?		
Beispiele (gestützt auf Art. 2 I – i.d.R. i.V. mit Art. 1 I GG): Informationelle Selbstbestimmung; ⁶⁰ Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme ⁶¹	Beispiele: Berufsausübung; ⁶² Menschenwürde; ⁶³ Pressefreiheit; ⁶⁴ Rundfunkfreiheit ⁶⁵	
	5.1.1.5 Problem 3: Artt. 31, 142 GG – Verhältnis von Landesgrundrechten zu Bundesgrundrechten Ist das betreffende Landes(grund)recht kein tauglicher Landesverfassungsbeschwerdemaßstab, weil es dem Bundesrecht (einem Bundesgrundrecht oder einer einfachrechtlichen Bundesnorm) widerspricht? ⁶⁶	
5.1.2 Unions-Grundrechte (!)		
Soweit Unionsrecht die deutschen Grundrechte verdrängt , überprüft das Bundesverfassungsgericht neuerdings (beginnend 2019) seine Anwendung durch deutsche Stellen am Maßstab der Unions-Grundrechte (Wahrnehmung seiner eigenen „Integrationsverantwortung“ nach Art 23 I GG [!]) ⁶⁷		
5.2 Ist der Beschwerdeführer Inhaber des beschwerdefähigen Rechts?		
Materiellrechtliche Frage; Antwort bei natürlichen Personen fast immer unproblematisch (siehe oben 5.1), bei anderen „Personen“ oft problematisch (siehe 5.2.2, 5.2.3)		
Ausnahmsweise können Beschwerdeführer fremde Rechte im eigenen Namen geltend machen (Prozeßstandschaft, Nachweise unten sub 6), so daß es insoweit nicht darauf ankommt, ob sie selbst Träger der geltend gemachten Grundrechte sind, sondern allein darauf, ob die Grundrechte der „vertretenen“ Person zustehen.		
5.2.1 Natürliche Personen		
Unproblematisch – außer ggf. im Hinblick auf (1) Nationalität bei Deutschen-Rechten (Deutsche? EU-Bürger? Nicht-EU-Ausländer?) (2) Beginn und Ende der Grundrechtsfähigkeit („Mündigkeit“, ⁶⁸ Tod; siehe auch oben unter 3) ⁶⁹ (3) die territoriale Reichweite der Grundrechte ⁷⁰		
5.2.2 Juristische Personen		
5.2.2.1 Prozeßrechte (Artt. 19 IV [?], 101 I 2, 103 I GG): ja ; nach der Rechtsprechung stehen sie allen juristischen Personen – deutschen und nichtdeutschen, solchen des Privatrechts und des öffentlichen Rechts – zu. ⁷¹		
5.2.2.2 Andere Rechte		
(1) deutsche juristische Personen des Privatrechts		
ja , nach Maßgabe des Art. 19 III GG ⁷²	ja . Zwar keine dem Art. 19 III GG entsprechende Regelung, jedoch Anwendung von dessen „Grundgedanken“ ⁷³	ja , nach Maßgabe des Art. 5 III LVerf. (= Art. 19 III GG)
ja , ausnahmsweise und begrenzt, obwohl von anderem EU-Mitgliedstaat ganz oder teilweise beherrscht ⁷⁴		
nein , wenn vom deutschen Staat ganz oder überwiegend beherrscht ⁷⁵		
(2) deutsche juristische Personen des öffentlichen Rechts		
Öffentlich-rechtlich organisierte Religionsgesellschaften, Rundfunkanstalten und Hochschulen (und deren Untergliederungen): ja – jedenfalls hinsichtlich „ihrer“ Grundrechte (Artt. 4, 5 I, III GG); st. Rspr. ⁷⁶	Hochschulen ⁷⁷	Universitäten, Rundfunkanstalten, Kirchen ⁷⁸

Bundesverfassungsgericht	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
Fortsetzung 5.2.2 Juristische Personen		
(3) juristische Personen aus anderen EU-Mitgliedstaaten		
ja , trotz Art. 19 III GG (aus unionsrechtlichen Gründen) den inländischen juristischen Personen gleichgestellt ⁷⁹		
(4) juristische Personen aus Nicht-EU -Staaten		
nein – arg. Art. 19 III GG ⁸⁰	nein – Grundgedanke des Art. 19 III GG (!)	nein – Art. 5 III LVerf.
5.2.3 teilrechtsfähige Personenvereinigungen		
ja , sofern auf „gewisse Dauer angelegt“ und von „festgefügter Struktur“, entsprechend den für die juristischen Personen (5.2.2) geltenden Überlegungen ⁸¹	ja , solche nichtrechtsfähigen Gebilde, „die sich nach dem in der Verfassung von Berlin zum Ausdruck kommenden Willen des Landesgesetzgebers auf die Einhaltung von Individualrechten sollen berufen können“ [!] ⁸²	
5.2.4 Behörden (die keine juristischen Personen sind)		
ja hinsichtlich der Artt. 101 I 2, 103 I GG (siehe schon oben 5.2.2.1), sofern im fachgerichtlichen Verfahren anstelle ihres Rechtsträgers beteiligtenfähig ⁸³ nein hinsichtlich materieller Grundrechte ⁸⁴		
5.3 Betroffenheit des Beschwerdeführers		
Das Verhalten der öffentlichen Gewalt muß den Beschwerdeführer selbst (5.3.1), unmittelbar (5.3.2) und gegenwärtig (5.3.3) betreffen .		
Das Bundesverfassungsgericht hat diese Trias der Beschwerdebefugnis zunächst im Rahmen von Beschwerden gegen Normen entwickelt, ⁸⁵ weil deren Allgemeinheit öfter die Frage aufwirft, ob sie den Beschwerdeführer überhaupt betreffen.		
Bei Vollzugsakten und Gerichtsentscheidungen – anders als häufig bei Normen – ist dies meist (vor allem, wenn der Beschwerdeführer ihr Adressat ist) unproblematisch; dennoch müssen Sie die Betroffenheit auch in diesen Fällen stets ausdrücklich ansprechen, ⁸⁶ oft genügt ein (nicht näher begründeter) Satz, der Beschwerdeführer sei selbst, unmittelbar und gegenwärtig im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts betroffen.		
Das Bundesverfassungsgericht sieht die Betroffenheit ausdrücklich als Thema der Beschwerdebefugnis an; deshalb sollten Sie sie auch unter dieser Überschrift behandeln.		
Eine andere Frage ist es, ob Sie die anderen in diesem Arbeitsblatt ebenfalls unter Überschrift Beschwerdebefugnis behandelten Themen 5.1 (beschwerdefähiges Recht), 5.2 (Rechtsinhaberschaft des Beschwerdeführers) und 5.4 (Möglichkeit der Rechtsverletzung) besser außerhalb der Beschwerdebefugnis behandeln sollten – wie es das Bundesverfassungsgericht gelegentlich ⁸⁷ tut.		
Das materiellrechtliche Pendant der Betroffenheit ist der sog. Eingriff . Im Rahmen der Begründetheit prüft das Bundesverfassungsgericht manchmal, ob das beanstandete Verhalten der öffentlichen Gewalt in ein Grundrecht „eingreift“. ⁸⁸ Einer solchen Prüfung bedarf es nicht, wenn bereits im Rahmen der Zulässigkeit die Betroffenheit geprüft und bejaht worden ist. ⁸⁹		
5.3.1 Selbst betroffen?		
ja als Adressat ⁹⁰		
ja , auch als Dritter (Nichtadressat), sofern nicht nur „reflexhaft“ betroffen ⁹¹		

Bundesverfassungsgericht	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
5.3.2 Unmittelbar betroffen?		
<p>ja, wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> (1) die angegriffene Norm, ohne eines weiteren Vollzugsakts zu bedürfen, die Rechtsstellung der Adressaten verändert oder sie bereits vor konkreten Vollzugsakten zu später nicht mehr revidierbaren Dispositionen veranlaßt;⁹² (2) der Beschwerdeführer gegen den Vollzug den Rechtsweg nicht beschreiten kann, weil sie vom Vollzug nicht erfährt;⁹³ 		
5.3.3 Gegenwärtig betroffen?		
5.3.3.1 schon gegenwärtig betroffen?		
<p>ja, wenn der angegriffene Akt</p> <ul style="list-style-type: none"> (1) auf die Rechtsstellung der Adressaten aktuell und nicht nur virtuell einwirkt oder (2) die Adressaten wegen seiner künftigen Wirkung bereits jetzt zu später nicht mehr korrigierbaren Entscheidungen zwingt oder (3) die Adressaten in der Zukunft in bereits klar absehbarer Weise betreffen wird⁹⁴ <p>ja, wenn die (nicht bekannten) Vollzugsakte⁹⁵ den Beschwerdeführer mit einiger Wahrscheinlichkeit in ihren Grundrechten berühren⁹⁶</p>		
5.3.3.2 noch gegenwärtig betroffen?		
<p>grds. nein, wenn sich der Hoheitsakt vor der Erhebung der Beschwerde oder vor der Entscheidung über sie erledigt⁹⁷</p>		
<p>trotz Erledigung ja,⁹⁸ wenn</p> <ul style="list-style-type: none"> (1) der Eingriff besonders schwer wiegt und ohne die Entscheidung eine verfassungsrechtliche Frage von grundsätzlicher Bedeutung ungeklärt bliebe oder (2) der Beschwerdeführer <ul style="list-style-type: none"> (a) durch den erledigten Akt weiterhin beeinträchtigt ist oder (b) ein Rehabilitationsinteresse hat 		
5.4 Ist ein verfassungsbeschwerdefähiges Recht des Beschwerdeführers möglicherweise verletzt (rechtswidrig betroffen)?		
<p>Der Beschwerdeführer hat die Möglichkeit der Verletzung (nicht die Verletzung selbst!) „substantiiert“ darzulegen.⁹⁹</p>		
6. Verfahrensfähigkeit (Prozeßfähigkeit, prozessuale Handlungsfähigkeit)		
<p>Begriff: Fähigkeit, Verfahrenshandlungen selbst oder durch einen selbst bestellten Prozeßbevollmächtigten vorzunehmen.¹⁰⁰</p>		
keine Regelung	<p>Verweis des § 13 VerfGG auf die entsprechende Heranziehung der Verwaltungsgerichtsordnung, „ergänzend“ der Zivilprozeßordnung, soweit das Verfassungsgerichtsgesetz „keine Bestimmungen über das Verfahren enthält“.</p>	
<p>Minderjährige (ggf. vertreten durch sorgeberechtigte Eltern, Ergänzungspfleger, Verfahrenspfleger, Verfahrensbeistand)¹⁰¹</p>		
<p>Verfahrenspfleger zum Schutz der Untergebrachten;¹⁰² Gemeinschuldner (= „Schuldner“ i.S. der InsolvenzO),¹⁰³ Konkursverwalter;¹⁰⁴ Insolvenzverwalter¹⁰⁵ Umweltverbände als „Anwälte der Natur“, Art. 2 I i.V. mit Artt. 19 II, 20a GG? Nein¹⁰⁶</p>		

Bundesverfassungsgericht	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
7. Vorverfahren?		
7.1 Erschöpfung des Rechtsweges vor¹⁰⁷ Erhebung der Verfassungsbeschwerde¹⁰⁸		
Art. 94 II 2 GG, § 90 II 1 BVerfGG	Bundesrechtlich nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts (unausgesprochen) geboten ¹⁰⁹ § 49 II 1 VerfGHG	Art. 6 II 2 LVerf., § 45 II 1 VerfGG
7.1.1 sofern er überhaupt offensteht		
siehe §§ 90 II 1, 93 III BVerfGG	siehe §§ 49 II 1, 51 II VerfGHG	siehe §§ 45 II 1, 47 III VerfGG
7.1.2 sofern von ihm überhaupt Abhilfe zu erwarten ist¹¹⁰		
7.1.3 sofern das Verfassungsgericht nicht sofort¹¹¹ entscheidet¹¹²		
§ 90 II 2 BVerfGG	Bundesrechtlich nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts nur begrenzt erlaubt ¹¹³ § 49 II 2 VerfGHG	§ 45 II 2 VerfGG („im Ausnahmefall “ [!]) ¹¹⁴
(1) „ Allgemeine Bedeutung “ der Beschwerde? ja , wenn (a) die Beschwerde die Klärung grundsätzlicher verfassungsrechtlicher Fragen erwarten läßt oder (b) über den Fall des Beschwerdeführers hinaus zahlreiche gleichgelagerte Fälle praktisch mitentschieden werden. ¹¹⁵		
verneint z.B. von BVerfGE 104, 65 (72f.); BVerfG (1. Kammer des Zweiten Senats), B v 9. März 2018, 2 BvR 174/18, RN 15 bejaht z.B. von BVerfGE 101, 54 (74); 108, 370 (386) ¹¹⁶	verneint z.B. von VerfGH Berlin, LVerfGE 5, 49 (54f.); 15, 3 (16f.); 16, 29 (39-41) bejaht z.B. von VerfGH, LVerfGE 12, 40 (56f.)	verneint z.B. von VerfG Brandenburg, LVerfGE 5, 112 (120); 11, 198 (203f.); 17, 146 (151f.); 26, 103 (110) bejaht z.B. von VerfG Brandenburg, LVerfGE 19, 84 (95); 19, 128 (136f.); 24, 67 (82) – für Kommunalverfassungsbeschwerden
(2) „ Schwerer und unabwendbarer Nachteil “ bei einer Verweisung auf den Rechtsweg? ja , wenn ein besonders schwerer Grundrechtseingriff vorliegt, der auch bei späterem Erfolg eines Rechtsmittels nicht mehr beseitigt werden könnte, also irreparabel ist. ¹¹⁷		
verneint z.B. von BVerfGE 104, 65 (73f.); BVerfG (1. Kammer des Zweiten Senats), B v 9. März 2018, 2 BvR 174/18, RN 16; bejaht z.B. von BVerfGE 95, 220 (233)	verneint z.B. von VerfGH Berlin, LVerfGE 5, 49 (55); 15, 3 (16f.); 16, 29 (39f.)	verneint z.B. von VerfG Brandenburg, LVerfGE 5, 112 (120); 11, 198 (203f.); 17, 146 (151f.); B v 30. September 2010, 31/10, RN 3; 26, 103 (110)
7.2 Ausschöpfung aller sonstigen Abhilfemöglichkeiten („materielle Subsidiarität“ der Beschwerde; „Rechtsgedanke“ des § 90 II 1 BVerfGG)¹¹⁸		
7.2.1 neben der Rechtswegerschöpfung		
(1) bei Normen (gegen die der Rechtsweg offensteht): Anwendungsakte abwarten, sofern nicht unzumutbar, und gegen sie fachgerichtlich vorgehen; st. Rspr. ¹¹⁹ (2) bei Entscheidungen : (a) formlose Rechtsbehelfe; st. Rspr. ¹²⁰ (b) private Bemühungen (!) ¹²¹ (3) nach Eilverfahren Rechtsschutz in der Hauptsache (sofern der Grundrechtsverstoß nicht gerade auf der Versagung des Eilrechtsschutzes beruht); st. Rspr. ¹²²		
7.2.2 statt der Rechtswegerschöpfung		
bei Rechtsvorschriften und sonstigen Hoheitsakten, gegen die ein Rechtsweg nicht offensteht: u.U. Feststellungs- oder Unterlassungsklage, es sei denn, die Norm wirkt allein spezifisch verfassungsrechtliche Fragen auf oder die Verzögerung durch fachgerichtlichen Rechtsschutz ist unzumutbar. ¹²³		
7.2.3 Einschränkung der „Subsidiaritäts“anforderungen, wenn die (entsprechend anzuwendenden) Vorabentscheidungs Voraussetzungen (zu ihnen 7.1.2) vorliegen. ¹²⁴		

Bundesverfassungsgericht	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
7.3 Umfassender Vortrag maßgeblicher Entscheidungsgrundlagen durch den späteren Beschwerdeführer bereits vor den Fachgerichten erforderlich („Subsidiarität“)		
(1) Obliegenheit des späteren Beschwerdeführers, umfassend entscheidungserhebliche Tatsachen bereits vor den Fachgerichten vorzutragen ¹²⁵ (2) Ausnahmsweise auch Obliegenheit des späteren Beschwerdeführers, verfassungsrechtliche Rügen bereits vor den Fachgerichten vorzutragen ¹²⁶		
8. Frist für Erhebung und Begründung der Verfassungsbeschwerde		
8.1 gegen Rechtsvorschriften und sonstige Hoheitsakte, gegen die ein Rechtsweg nicht offensteht ¹²⁷		
8.1.1 Ein Jahr nach Inkrafttreten ¹²⁸ bzw. Erlaß; bei rückwirkendem Inkrafttreten Beginn der Jahresfrist erst mit der Verkündung		
§ 93 III („Gesetz“)	§ 51 III VerfGHG („Rechtsvorschrift“)	§ 47 III VerfGG („Rechtsvorschrift“)
Bundesgesetze, -verordnungen und -satzungen; Landesverordnungen u. -satzungen, die nicht nach § 47 I Nr. 1 oder Nr. 2 VwGO überprüfbar sind.	Landesgesetze, Landesverordnungen und Landessatzungen i.S. des § 47 I Nr. 2 VwGO (Verfahren in Berlin nicht vorgesehen)	Landesgesetze Gegen Landesverordnungen und -satzungen Rechtsweg nach § 47 I Nr. 1 oder 2 VwGO (siehe § 4 I BbgVerwaltungsgerichtsgesetz)
8.1.2 Die Jahresfrist des § 93 III gilt nicht, wenn wegen der „Subsidiarität“ der Rechtssatzverfassungsbeschwerde (siehe oben unter 7) zunächst – innerhalb der Jahresfrist – der Rechtsweg zu den Fachgerichten beschritten wurde, die Fachgerichte ihn aber nicht, wie vorhersehbar, als unstatthaft oder unzulässig angesehen haben. Dann beginnt eine Monatsfrist entsprechend § 93 I 1. ¹²⁹		
8.2 im übrigen nach Bekanntgabe der letzten Entscheidung		
1 Monat – § 93 I BVerfGG	2 Monate – Berlin: § 51 I VerfGHG; Brandenburg § 47 I VerfGG	
8.3 bei Versäumung ggf. Wiedereinsetzungen in den vorigen Stand		
§ 93 II BVerfGG ¹³⁰	§ 51 II VerfGHG	§ 47 II VerfGG ¹³¹
9. Rechtsschutzbedürfnis ¹³²		
9.1 im herkömmlichen Sinne (zum Zeitpunkt der Entscheidung) ¹³³		
Mit der Erläuterung des angegriffenen Hoheitsaktes entfällt das Rechtsschutzinteresse (1) grundsätzlich ¹³⁴ (2) ausnahmsweise nicht (siehe bereits oben unter 5.3.3.2 „noch gegenwärtige“ Betroffenheit?) ¹³⁵		
9.2 im Sinne der „Subsidiarität“ der Beschwerde (siehe bereits oben unter 7).		

Bundesverfassungsgericht	Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin	Verfassungsgericht des Landes Brandenburg
10. Klarstellungsinteresse¹³⁶		
10.1 nach Antragsrücknahme? Vgl. oben 1.2		
10.2 nach dem Tod des Beschwerdeführers?		
(1) Grundsätzlich nein; das Verfahren erledigt sich. ¹³⁷ (2) Ausnahmsweise ja: Rechtsnachfolger kann das Verfahren fortsetzen, wenn es um vermögenswerte Rechte geht – nicht jedoch, wenn es um höchstpersönliche Rechte des Verstorbenen geht. ¹³⁸		
10.3 nach Fortfall des Rechtsschutzinteresses? ¹³⁹		
11. Spätere Verfassungsbeschwerde zu einem anderen Verfassungsgericht erhoben? (siehe auch oben 2)		
Unerheblich: Bundesverfassungsbeschwerde bleibt zulässig, auch wenn nach ihrer Erhebung zusätzlich Landesverfassungsbeschwerde erhoben wird, § 90 BVerfGG.	Erheblich: Landesverfassungsbeschwerde wird unzulässig, wenn der Beschwerdeführer nach ihrer Erhebung wegen desselben Gegenstandes auch Bundesverfassungsbeschwerde erhebt (zur umgekehrten Reihenfolge siehe oben unter 2)	
	Art. 84 II Nr. 5 VvB, §§ 14 Nr. 6, 49 I VerfGHG	§§ 12 Nr. 4, 45 I VerfGG
Annahme oder Nichtannahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung		
1. Regelung in der Verfassung		
Art. 94 II 2 GG: Ein Bundesgesetz kann „ein besonderes Annahmeverfahren vorsehen.“ ¹⁴⁰ Eingeführt durch das 19. Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes vom 26. Januar 1969 (BGBl. I S. 97. Dazu, im hier interessierenden Punkt allerdings unergiebig, BT-Drs. V/2677, 3506 [neu]): Es fügte in den Katalog der Entscheidungszuständigkeiten des Gerichts (Art. 93 I GG) die Nrn. 4a und 4b (Verfassungsbeschwerden) ein und ergänzte Art. 94 II („Ein Bundesgesetz regelt seine Verfassung und das Verfahren und bestimmt, in welchen Fällen seine Entscheidungen Gesetzeskraft haben.“) um einen zweiten Satz: „Es kann für Verfassungsbeschwerden die vorherige Erschöpfung des Rechtsweges zur Voraussetzung machen und ein besonderes Annahmeverfahren vorsehen.“ ¹⁴¹	Keine ausdrückliche Ermächtigung des Gesetzgebers durch die Verfassung von Berlin. Die allgemeine Ermächtigung in Art. 84 III VvB, das „Nähere“ durch Landesgesetz zu regeln, könnte die Einführung eines Annahmeverfahrens jedoch un- ausgesprochen umfassen. Eine solche Auslegung liegt nicht fern, wenn man bedenkt, wie das Bundesverfassungsgerichtsgesetz insoweit der grundgesetzlichen Ermächtigung vorausgeeilt ist (siehe linke Spalte).	Art. 6 II 2 LVerf.: „Das Nähere regelt ein Gesetz, das [auch] die vorherige Erschöpfung des Rechtsweges und ein besonderes Annahmeverfahren vorsehen kann.“ ¹⁴²
2. Umsetzung im Prozeßgesetz		
§§ 15a, 93a-93d BVerfGG AB 1¹⁴³	keine Umsetzung	
3. Umsetzung in der Geschäftsordnung		
§§ 39-42 GeschO AB 3	keine Umsetzung	

¹ Was Sie nicht dürfen (sofern die Aufgabenstellung Sie nicht dazu auffordert), ist, die Zulässigkeit der Beschwerde zu **unterstellen**. Die Verfassungsgerichte tun dies gelegentlich, wenn sie die Beschwerde für unbegründet halten (Beispiel: VerfGH Berlin, LVerfGE 22, 34 [40]). Sie sollten es besser nicht, denn eine Sachentscheidung (gleich, welcher Art – also auch eine Zurückweisung der Beschwerde als unbegründet) ist ausgeschlossen, wenn nicht feststeht, daß alle Sachentscheidungsvoraussetzungen vorliegen; deshalb heißen sie so.

² Zuletzt BVerfGE 156, 182 – Rumänien II Auslieferung aufgrund Europäischen Haftbefehls **79-18**, RN 41 mit Nachweisen aus der Rechtsprechung.

³ Z.B BVerfGE 139, 321 RN 86; 141, 56 RN 28.

⁴ BVerfG, B v 9. Dezember 2022, 1 BvR 1345/21 – Polizeiliche Befugnisse nach SOG M-V, RN 35; die Zulässigkeitsprüfung folgt in RN 36-84.

⁵ Siehe BVerfGE 96, 345 (364, 369f.).

⁶ **Bund:** Ab Inkrafttreten der §§ 23a-23e BVerfGG – wahrscheinlich im ersten Halbjahr 2024 – möglich (für Rechtsanwälte dann grundsätzlich obligatorisch, § 23c).

Berlin: Seit dem 1. Juli 2021 möglich, aber nicht obligatorisch – Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr mit dem Verfassungsgerichtshof des Landes Berlin (ERVVerfGH) vom 7. Mai 2021 (GVBl. S. 489) aufgrund der Ermächtigung des § 21a I VerfGHG.

Brandenburg: Seit 1. November 2019 möglich, aber nicht obligatorisch – §§ 1 u 5 i.V. mit Anlage 1 Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr im Land Brandenburg (Brandenburgische Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – BbgERVV), jetzt i.d.F. vom 28. Januar 2022 (GVBl.II/22) aufgrund der Ermächtigung des § 20a I VerfGG.

⁷ Beispiele aus der jüngeren Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts:

Hinreichende Substantiierung: BVerfGE 162, 325 – Zinsen Kernbrennstoffsteuer, ohne gesonderte Prüfung; BVerfGE 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**, RN 59; 163, 1 – Windenergie im Walde, ohne gesonderte Prüfung (siehe RN 14); 163, 43 – BVerfSchG/Übermittlungsbefugnisse, RN 83-90; 164, 193 – ERatG/NGEU, RN 105-119.

Unzureichende Substantiierung: BVerfGE 149, 346 RN 23-64; 149, 407 RN 35, 36; 163, 165 – ESM-ÄndÜG, RN 74-139 (!); 163, 363 – EPA **AB 79-16**, RN 123-180 (!).

Teilweise (un)zureichende Substantiierung: BVerfGE 159, 223 – Bundesnotbremse I **AB 79-4**, RN 88-96; 159, 355 – Bundesnotbremse II **AB 79-5**, RN 27-29, 33-39; 162, 1 – BayVerfassungsschutzG, RN 92-146 (!); 163, 107 – Tierarztvorbehalt, RN 41-42.

⁸ „Sachdienlich“ ist die (vom Bundesverfassungsgerichtsgesetz nicht ausdrücklich geregelte) Änderung des Antrags, „wenn der bisherige Verfahrensstoff als Entscheidungsgrundlage verwertbar bleibt, durch die Zulassung ein neues Verfahren vermieden wird und die Zulässigkeitsvoraussetzungen auch für den geänderten Streitgegenstand vorliegen“: BVerfGE 154, 17 – PSPP-Programm der EZB, RN 87; 164, 193 – ERatG/NGEU, RN 103.

⁹ Für den **Bund** z.B. BVerfGE 126, 1 (17); 134, 106 RN 23; 164, 193 – ERatG/NGEU, RN 99 (Teiltrücknahme); für **Berlin** VerfGH Berlin, B v 20. September 2011, 38/11; für **Brandenburg** VerfG Brandenburg, B v 11. Dezember 2020, VfGBbg 47/19 (§ 13 I VerfGG i.V. mit § 92 III 1 VwGO).

¹⁰ BVerfGE 98, 218 (242f.).

¹¹ Zur **nachträglichen** Einreichung einer Beschwerde beim anderen Verfassungsgericht siehe Sachentscheidungsvoraussetzung **Nr. 10**.

¹² Ebenso Baden-Württemberg § 55 I VerfGHG; Hessen § 43 I 2 StGHG („in derselben Sache“; Einschränkungen in Satz 3); seit 2018 auch Nordrhein-Westfalen § 53 I VerfGHG (**AB 75, 76**) und Sachsen-Anhalt § 47 III VerfGG („in derselben Sache“; **AB 77, 78**). Nicht zur Unzulässigkeit der Landesverfassungsbeschwerde, sondern lediglich zur Aussetzung des Verfahrens führt die Bundesverfassungsbeschwerde im Saarland; siehe EN 14.

¹³ So aber **Mecklenburg-Vorpommern** zur Verfassungsbeschwerde wegen angeblicher Verletzung der Grundrechte aus Artt. 6 bis 10 LVerf. (Art. 53 Nr. 7 LVerf., §§ 11 I Nr. 1, 58

III VerfGG): „... soweit eine Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts nicht gegeben ist“ – und das ist sie, soweit die Grundrechte denselben oder weiterreichenden Schutz gewähren; siehe LVerfG M-V, LVerfGE 19, 301 (308-313).

Wiederum (z.T.) anders (inspiriert durch BVerfGE 96, 345) Rheinland-Pfalz (Art. 135 II 2 [Ermächtigung des einfachen Gesetzgebers, soweit Bundesrecht ausgeführt oder angewendet wird], § 44 II VGHG: „Die Verfassungsbeschwerde ist unzulässig, soweit die öffentliche Gewalt des Landes Bundesrecht ausführt oder anwendet. Dies gilt nicht für die Durchführung des gerichtlichen Verfahrens oder wenn die Landesverfassung weiter reichende Rechte als das Grundgesetz gewährleistet.“ Ähnlich (aber enger) Nordrhein-Westfalen § 53 II VerfGHG (seit 2018; siehe **AB 75, 76**).

¹⁴ Insofern zurückhaltendere, sinnvolle Regelung im **Saarland** (§ 61 IV saarlVerfGHG): „Wenn der Beschwerdeführer in derselben Sache Verfassungsbeschwerde zum Bundesverfassungsgericht erhoben hat, ist das Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof bis zum Abschluß des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht ausgesetzt.“

Die Formulierung „erhoben hat“ wirft allerdings Fragen des zeitlichen Verhältnisses beider Beschwerden auf, das Wort „ist“ zudem die Frage nach dem Ob und Wie einer Mitwirkung des Gerichtshofes bei der Aussetzung.

¹⁵ Siehe dagegen Art. 93 I Nr. 4b GG („soweit nicht Beschwerde zum Landesverfassungsgericht erhoben werden kann“), § 91 Satz 2 BVerfGG zur **kommunalen** Verfassungsbeschwerde.

¹⁶ Deswegen dürfen die Beschwerdeführer auch nicht – unter dem Aspekt der Subsidiarität (siehe unter 6 und 8) – auf die evtl. Möglichkeit verwiesen werden, zunächst Verfassungsbeschwerde zum Landesverfassungsgericht zu erheben; BVerfGE 122, 190 (200f.).

¹⁷ Die Wörter „**in derselben Sache**“ fanden sich anfangs (Gesetz vom 8. November 1990, GVBl. S.) in §§ 14 Nr. 6, 49 I VerfGHG (allerdings nicht auch in Art. 72 II Nr. 4 VvB [= Art. 84 II Nr. 4 n.F.]) – so wie heute noch in Brandenburg. Was sie bedeuten sollten, ergab sich nicht aus der überaus schweigsamen Entstehungsgeschichte.

Sie wurden dann bereits durch das erste Änderungsgesetz (vom 11. Dezember 1991, GVBl. S. 280) gestrichen. Warum, habe ich nicht ermitteln können; die veröffentlichten Parlamentsunterlagen geben nichts her. Jedenfalls wird die Subsidiaritätsklausel nach der Streichung der drei Wörter nicht anders ausgelegt als vorher; siehe lapidar VerfGH Berlin, B v 14. Oktober 1999, VerfGH 43/99 (in LVerfGE 10, 96 nur ein nichtamtlicher Leitsatz), RN 7 a.E.: „Die Streichung der Worte ‚in derselben Sache‘ durch das Änderungsgesetz vom 11. Dezember 1991 (GVBl. S. 280) hat hieran nichts geändert.“

Es wird unverändert – wie in Brandenburg – gefragt, ob **derselbe Beschwerdeführer wegen desselben Hoheitsaktes** vor dem Bundesverfassungsgericht klagt, und von „derselben Sache“ gesprochen (siehe z.B. VerfGH Berlin, LVerfGE 1, 152 [154f.]; 2, 3 [4f.]; 2, 14 (15); 22, 44 [55f.]). Wie in Brandenburg (siehe EN 14) könnte man zweifeln, ob es wirklich um ein und denselben Beschwerdeführer gehen muß. Aber wie dort hat ein Anrennen gegen die ständige Rechtsprechung wohl keinen Sinn. Wie das Bundesverfahren ausgeht (Rücknahme, Nichtannahme, Eintragung nur in das Allgemeine Register, Verwerfung, Zurückweisung etc.) ist ohne Belang; die Beschwerdeerhebung als solche führt zur Unzulässigkeit der Landesverfassungsbeschwerde.

VerfGH Berlin, LVerfGE 2, 14 (15) hält die Landesverfassungsbeschwerde auch dann für unzulässig, wenn der Beschwerdeführer zuvor beim Bundesverfassungsgericht nur eine einstweilige Anordnung beantragt, ohne ein Hauptsacheverfahren eingeleitet zu haben.

Nicht maßgeblich ist, ob in beiden Verfahren auch die gleichen Rechte (dieselben können es ohnehin nicht sein) als verletzt gerügt werden; zutreffend VerfGH Berlin, B v 14. Oktober 1999, VerfGH 43/99, RN 6-7 (in LVerfGE 10, 96 nur ein nichtamtlicher Leitsatz).

Von „derselben Sache“ – in einem etwas anderen Sinne – spricht § 16 Abs. 1 Nr. 2 VerfGHG (Ausschluß vom Richteramt). Zu Brandenburg siehe EN 19.

¹⁸ Ob die Verfassungsbeschwerde (bzw. der Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung; VerfGH Berlin, LVerfGE 2, 14 [15]) zum Bundesverfassungsgericht zulässig ist, zur Entscheidung angenommen oder wieder zurückgenommen wird, ist dabei unerheblich; VerfGH Berlin, LVerfGE 1, 152 (154f.); 2, 3 (4f.).

¹⁹ Um „dieselbe Sache“ soll es dabei (wie in Berlin, das diese Wörter seit 1991 nicht mehr verwendet) nur gehen, wenn sich **derselbe Beschwerdeführer** – also nicht auch ein anderer – **gegen denselben Hoheitsakt** – also nicht gegen einen lediglich gleichen oder ähnlichen – wendet; VerfGH Brandenburg, LVerfGE 10, 258 (259); B v 27. Mai 2002,

288/03, LKV 2004, 507; LVerfGE 12, 107 (113f.).

Daß die Zulässigkeit der Landesverfassungsbeschwerde aber auch dann beeinträchtigt sein kann, wenn **andere** Beschwerdeführer wegen **desselben** Hoheitsaktes Beschwerde zum Bundesverfassungsgericht einlegen, zeigt VerfG Brandenburg, LVerfGE 26, 110 (116-119) in einem Fall, in dem das Bundesverfassungsgerichts bereits vor dem Verfassungsgericht des Landes (zugunsten des Hoheitsaktes) entschieden hatte.

Daß es um **denselben** Beschwerdeführer gehen muß, hätte man ohne Mühe deutlicher formulieren können: „Wenn der Beschwerdeführer in derselben Sache ...“ (siehe § 61 IV saarVerfGHG). Daß man es nicht getan, sondern passivisch formuliert hat, legt die Auslegung nahe, daß es auf die Identität des Beschwerdeführers nicht ankommt.

Von „derselben Sache“ – in einem etwas anderen Sinne – spricht § 14 Abs. 1 Nr. 2 VerfGHG (Ausschluß vom Richteramt). Zu Berlin siehe EN 17.

²⁰ Eine mit dem Art. 84 I Nr. 5 VvB vergleichbare klare Anordnung der Subsidiarität der Landesverfassungsbeschwerde kennt die brandenburgische Verfassung nicht. Aber die (allgemein gefaßte) Ermächtigung des einfachen Gesetzgebers, das „Nähere“ zur Verfassungsbeschwerde zu regeln, durch Art. 6 II 2 LVerf. dürfte aber ausreichen. Die beiden im Relativsatz des Art. 6 II 2 LVerf. genannten Themen (Erschöpfung des Rechtsweges, Annahmeverfahren) sind nur Beispiele für das „Nähere“; der Gesetzgeber hätte dies durch ein „auch“ deutlicher machen können.

²¹ Von „Beschwerdefähigkeit“ spricht auch BVerfGE 135, 90 RN 44. Siehe auch § 50 ZPO (Parteifähigkeit), § 10 ArbGG (Parteifähigkeit); § 61 VwGO; § 70 SGG.

²² Aus Art. 84 II Nr. 5 VvB ergibt sich insofern nichts. Die Vorschrift spricht schlicht von „Verfassungsbeschwerde“, ohne anzudeuten, was sie darunter versteht. Vorbildlich und leserfreundlich ist solche Verschwiegenheit nicht. § 49 I VerfGHG bleibt allerdings auch ziemlich vage; weder beschränkt er sich auf Grundrechte noch nennt er Artikel oder wenigstens die Abschnitte, die seiner Meinung nach rügefähige Rechte enthalten.

²³ Siehe BVerfGE 135, 90 RN 44.

²⁴ BVerfGE 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**, RN 47, 48, unterscheidet nicht zwischen der abstrakten und der konkreten Frage und prüft auch die letztere (wohl etwas abweichend vom allgemeinen Sprachgebrauch im Prozeßrecht) unter der Überschrift Beschwerdefähigkeit. Wenn Sie dem folgen (an der Art oder Reihenfolge der Prüfung ändert es nichts), sind Sie auf der sicheren Seite.

²⁵ St. Rspr.; siehe zuletzt hinsichtlich der sog. Prozeßgrundrechte BVerfGE 163, 363 – EPA **AB 79-16**, RN 112-113.

²⁶ St. Rspr.; siehe zuletzt BVerfGE 163, 363 – EPA **AB 79-16**, RN 116.

²⁷ Im Sinne des Art. 24 I GG. Dazu neuerdings im Sinne einer „Parallelität“ und „strukturellen Vergleichbarkeit“ der auf Art. 23 GG gestützten mittelbaren Kontrolle von Unionsakten mit der Kontrolle zwischenstaatlicher Akte im Rahmen des Art. 24 I GG klärend BVerfGE 163, 363 – EPA **AB 79-16**, RN 115, 117-119.

²⁸ St. Rspr.; siehe zuletzt BVerfGE 163, 363 – EPA **AB 79-16**, RN 115, 117-119.

²⁹ BVerfGE 163, 363 – EPA **AB 79-16**, RN 128-146. RN 120 spricht von „inzidenter Kontrollbefugnis“ (und meint die Befugnis zu inzidenter Kontrolle).

³⁰ Zusammenfassend 2020 BVerfGE 154, 17 RN 118-163 – PSPP EZB II:

„Maßnahmen von Organen, Einrichtungen und sonstigen Stellen der Europäischen Union können – als Vorfrage – Gegenstand der Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht sein, wenn sie die Grundrechtsberechtigten in Deutschland betreffen (siehe BVerfGE 142, 123 <180 Rn. 98>). Das ist der Fall, wenn sie entweder Grundlage von Handlungen deutscher Staatsorgane sind (siehe BVerfGE 126, 286 <301 ff.>; 134, 366 <382 Rn. 23>; 142, 123 <180 Rn. 99>; BVerfGE 151, 202 Rn. 101 – Europäische Bankenunion) oder aus der Integrationsverantwortung folgende Handlungs- und Unterlassungspflichten deutscher Verfassungsorgane auslösen (siehe BVerfGE 134, 366 <394 ff. Rn. 44 ff.>; 135, 317 <393 f. Rn. 146>; 142, 123 <180 Rn. 99>; 151, 202 Rn. 101 – Europäische Bankenunion). Rechtsakte des Sekundär- und Tertiärrechts der Europäischen Union sind danach insoweit tauglicher Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde, als mit dieser eine Verletzung der Integrationsverantwortung deutscher Verfassungsorgane bei der Umsetzung dieser Rechtsakte beziehungsweise in der Folge durch das Unterlassen eines aktiven Hinwirkens auf die (Wieder-)Einhaltung des Integrationsprogramms geltend gemacht wird

(siehe BVerfGE 151, 202 Rn. 102 f. – Europäische Bankenunion). Das Bundesverfassungsgericht prüft solche Maßnahmen daraufhin, ob sie durch das Integrationsprogramm gedeckt sind oder gegen die der Mitgliedschaft Deutschlands in der Europäischen Union durch das Grundgesetz sonst gezogenen Grenzen verstoßen (siehe BVerfGE 123, 267 <354>; 126, 286 <298 ff.>; 134, 366 <394 Rn. 44 ff.>; 140, 317 <334 ff. Rn. 36 ff.>; 142, 123 <180 Rn. 99 f.>; BVerfGE 151, 202 Rn. 101 – Europäische Bankenunion).“

Zuletzt BVerfGE 163, 363 – EPA **AB 79-16**, RN 116; 164, 193 – ERatG/NGEU, RN 128-146.

³¹ BVerfGE 123, 267 (353, 400); 126, 286 (304); 134, 366 – OMT EZB I, RN 23-26; 142, 123 – OMT EZB II, RN 143-152, 153-162; 146, 216 – PSPP EZB I, RN 52-53, 57; 151, 202 – Europäische Bankenunion, RN 151-206; BVerfGE 154, 17 – PSPP EZB II, RN 118-163 (Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs angeblich z.T. ultra vires!). Dazu auch **AB 1** FN 136, **AB 56** EN 29).

³² BVerfGE 123, 267 (353-355); 126, 286 (304); 129, 124 (181). 134, 366 RN 27-29 – OMT EZB I; 140, 317 RN 34, 37-49; 142, 123 RN 136-142, 153-161 – OMT EZB II; 146, 216 RN 54-56, 57 – PSPP EZB I; 151, 202 RN 203-260, 266-292 – Europäische Bankenunion.

Diese Kontrolle behält sich das Gericht auch im Rahmen der Verfassungsbeschwerden vor, die es ausschließlich am Maßstab der **Unions-Grundrechte** prüft; siehe BVerfGE 152, 216 – Recht auf Vergessen II **79-17**, RN 32, 42-46, 53-67; 156, 182 – Rumänien II **79-18**, RN 40, 57-68; dazu auch oben unter 5.1.2.

Siehe auch die Prüfung von EU-Vorschriften am Maßstab des Grundgesetzes z.B. in BVerfGE 132, 195 RN 114-215; 135, 317 RN 178-244.

³³ Beide Prüfungen stehen dem Bundesverfassungsgericht grundsätzlich sicher zu. Die Frage ist nur, welche Konsequenzen es aus ihnen deutschrechtlich ziehen darf.

Zu entscheiden, ob ein Europäischer Akt „**ultra vires**“ ist und was ggf. daraus folgt, ist nicht allein seine Sache. Es muß ggf. den Europäischen Gerichtshof einschalten. Hält es speziell eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für „ultra vires“, kommt dessen (ggf. erneute) Anrufung kaum in Betracht, sollte deswegen insoweit bereits die „Vorfragen“-Kompetenz und nicht erst und nur die Entscheidungs-Kompetenz des Gerichts verneint werden.

Dagegen lassen sich die sog. **Identitätskontrolle** und die aus ihr zu ziehenden Folgen (ggf. nationale Unbeachtlichkeit des betreffenden Unionsaktes) jedenfalls deutschrechtlich (Art. 79 III GG), vielleicht auch unionsrechtlich (siehe Art. 4 II 1 EUV: Die Union achtet die „nationale Identität“ der Mitgliedstaaten), rechtfertigen.

³⁴ BVerfGE 125, 260 (306f.); 129, 186 (198f.); BVerfG (2. Kammer des Ersten Senats), B v 18. Mai 2016, 1 BvR 895/16, RN 30-32.

³⁵ BVerfGE 125, 260 (307); BVerfG (2. Kammer des Ersten Senats), B v 18. Mai 2016, 1 BvR 895/16, RN 32.

³⁶ BVerfGE 134, 366 RN 44-53 – Verletzung von Art. 38 I 2 GG (! zu Recht krit. die Sondervoten RN 105-132 [Lübbe-Wolff] und RN 133-156 [Gerhardt]); Literatur und Weiteres: **AB 56** bei und in EN 25 (zu Vorlagen des Bundesverfassungsgerichts an den Europäischen Gerichtshof); 151, 202 RN 102-110 – Europäische Bankenunion.

³⁷ Details werden anlässlich kommender Fälle noch geklärt werden müssen.

³⁸ BVerfGE 163, 363 – EPA **AB 79-16**, RN 112, 114-120.

³⁹ BVerfGE 96, 345 (371).

⁴⁰ Eingerichtet auf der Grundlage des Staatsvertrages über die Errichtung gemeinsamer Fachobergerichte der Länder Berlin und Brandenburg vom 26. April 2004 (Berliner Zustimmungsgesetz vom 10. September 2004, GVBl. S. 380; Brandenburger Zustimmungsgesetz vom 29. Juni 2004, GVBl. I S. 281).

⁴¹ VerfGH Berlin, LVerfGE 17, 62 (69-75).

⁴² VerfG Brandenburg, LVerfGE 18, 150 (155f.).

Wenn „Ausgangsgericht“ nicht ein Brandenburger Gericht, sondern ein gemeinsames Berlin-Brandenburger Gericht war, hilft das nicht. Dann muß – entsprechend der Berliner Formel – danach gefragt werden, ob nach altem Recht ein Brandenburger Gericht zuständig gewesen wäre. Heute – nachdem mehr als 18 Jahre seit dem Inkrafttreten des Vertrages verstrichen sind – wird sich die Frage in der Praxis nicht mehr stellen.

⁴³ Für **Berlin**: VerfGH Berlin, LVerfGE 1,44 (51f); 1,169 (179-185); 9,45 (48); 9,59 (63); für **Brandenburg**: VerfG Brandenburg, LVerfGE 8, 82 (84f.); 15, 85 (87); 15, 110 (113); 15, 146 (148f.); 16, 157 (161); 17, 137 (143); 20, 125 (130); 21, 78 (83f.); 22, 94 (102).

Dies alles im Rahmen der sehr engen Vorgaben von BVerfGE 96, 345. Zu der Entscheidung und ihren Auswirkungen besonders lehrreich *Schumann*, JZ 2021, 373.

⁴⁴ Für **Berlin**: VerfGH Berlin, B v 21. Februar 2000, 18/99, JR 2001, 452; LVerfGE 15, 66 (73f.). Für **Brandenburg**: VerfG Brandenburg, LVerfGE 16, 149 (153f.); 21, 97 (107-109).

⁴⁵ Jüngere Beispiele für Verfassungsbeschwerden **unmittelbar** gegen **Gesetze**:

Bund: BVerfGE 157, 394 – Infektionsschutzgesetz: Coronabedingte Ausgangsbeschränkungen, RN 22-26; BVerfGE 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**;

Berlin: VerfGH Berlin, B v 25. September 2019, 182/18, RN 9-18; B v 19. Juni 2020, 185/17, RN 15, 16;

Brandenburg: VerfG Brandenburg, LVerfGE 32, 120.

Bayern nimmt die **gesetzgebende** Gewalt aus, Art. 120 BV (Gegen sie steht jedoch die Popularklage, Art. 98 Satz 4 BV, zur Verfügung). Umgekehrt kannte bis Anfang 2019 **Sachsen-Anhalt** die Verfassungsbeschwerde **nur** gegen **Landesgesetze**, nicht aber gegen Akte der vollziehenden und der rechtsprechenden Gewalt (Siehe aber nunmehr, gestützt auf Art. 75 Nr. 8 LVerf., das Änderungsgesetz vom 20. Juni 2018, GVBl. S. 162 [**AB 78, 77**]). Die Verfassung, die ausdrücklich nur die Beschwerde gegen Landesgesetze erwähnt, Art. 75 Nr. 6, ließ man unverändert; das ist im Hinblick auf die pauschale Ermächtigung des einfachen Gesetzgebers durch Art. 75 Nr. 8 LVerf. der Sache nach in Ordnung, aber es könnte die Leser der Landesverfassung irritieren, weil Art. 75 Nr. 6 einen Umkehrschluß [keine Beschwerde gegen sonstige Hoheitsakte] nahe legt und sie der Nr. 8 nicht ansehen können, in welchem Umfang der einfache Gesetzgeber von der Ermächtigung Gebrauch gemacht hat.)

Die Beschwer durch Gerichtsentscheidungen soll sich „in aller Regel“ allein aus ihrem Tenor ergeben, aus ihren Gründen nur ausnahmsweise (BVerfGE 140, 42 RN 48-54).

⁴⁶ Also **nicht juristische Personen des Privatrechts ohne beherrschende staatliche Beteiligung sowie natürliche Personen des Privatrechts**. Zwar können sie **mittelbar** an Grundrechte gebunden sein (siehe BVerfG, 3. Kammer des Ersten Senats, B v 18. Juli 2015, 1 BvQ 25/15 – Bierdosen-Flashmob für die Freiheit, Art. 8 GG betreffend), aber ihr Verhalten kann nicht unmittelbar Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde sein; im Falle der soeben genannten Kammer-Entscheidung richtete sich der Anordnungsantrag dementsprechend nicht gegen den betreffenden Privateigentümer, sondern gegen Zivilgerichtsentscheidungen, die ein Hausverbot des Privateigentümers bestätigt hatten.

Auch der „**Dritte**“, der nach Art. 5 I LVerf. **Brandenburg** an die Landesgrundrechte **unmittelbar** gebunden ist, soweit die Landesverfassung dies „bestimmt“ (wie z.B. möglicherweise in Artt. 7 II, 8 I 139 VII 1 zweiter Halbsatz) rechnet nicht zur „öffentlichen Gewalt“, gegen deren Verhalten nach Art. 6 II 1 LVerf. eine Verfassungsbeschwerde erhoben werden kann. Beiläufig: Der Sinn des soweit-Halbsatzes ist unklar und war auch in den Beratungen umstritten. Wenn die Verfassung die Grundrechtsbindung des Dritten an einzelnen Stellen vorsieht, erübrigt sich ein pauschaler Hinweis nach Art. 5 I. Da aber durchaus nicht eindeutig ist, wo die Verfassung auch den Dritten an Grundrechte binden will, hätte Art. 5 I die einschlägigen Stellen besser ausdrücklich genannt.

⁴⁷ **Unterlassen** des Gesetzgebers, wenn die Verfassung ihn „ausdrücklich“ beauftragt (BVerfGE 139, 321 RN 82: Gesetzgebungsauftrag aus einer Kombination von Grundgesetz und Landesverfassung; 157, 30 – Klimaschutz **AB 79-1**, RN 95).

Siehe auch VerfG Brandenburg, LVerfGE 32, 135 [147-156; Sondervotum von 4 der 9 Richter nicht hier, sondern nur auf der website des Gerichts abgedruckt (https://verfassungsgericht.brandenburg.de/verfgbbg/de/entscheidungen/entscheidungssuche/detail-entscheidung/~17-09-2021-vfgbbg-2221_4145)]; 32, 160 [167-170]) und wenn er gänzlich untätig geblieben ist (BVerfGE 157, 30 – Klimaschutz **AB 79-1**, RN 95).

„Ausdrücklich“ ist der Verfassungsauftrag bereits, wenn das Bundesverfassungsgericht ihn dem Sinn der (eigentlich schweigenden) Verfassung entnimmt – wie BVerfGE 158, 389 – Staatsvertrag Rundfunkfinanzierung, RN 65-70 (Verletzung der staatlichen Finanzgewährleistungspflicht aus Art. 5 I 2 GG durch die sachsen-anhaltische Nichtzustimmung zum Staatsvertrag) zeigt.

⁴⁸ BVerfG, 3. Kammer des Zweiten Senats, B v 19. Juli 2016, 2 BvR 470/08, RN 25-34: Freizeitbad GmbH **ausschließlich** in der Hand eines (öffentlich-rechtlich organisierten) kommunalen Fremdenverkehrsverbandes – gebunden an Art. 3 I GG. Zu der Entscheidung siehe *Becker*, NVwZ 2016, 1553; *Muckel*, JA 2016, 954; *Penz*, DVBl. 2016, 1601; *Walhoff*, JuS 2017, 286.

BVerfGE 128, 226 (244-250): Frankfurter Flughafen AG, an der der Staat **mehrheitlich** beteiligt ist (ursprünglich der Bund, das Land Hessen und die Stadt Frankfurt/Main mit 70%, dann die beiden letzteren mit 52%) – gebunden an Art. 8 GG. Gegenargumente: Abweichende Meinung BVerfGE 128, 226 (269-278). Zu der Entscheidung *Müller-Terpitz*, in: *Menzel/Müller-Terpitz* (Hrsg.), *Verfassungsrechtsprechung*, 3. Auflage, Tübingen 2017, S. 896-903.

⁴⁹ Beachten Sie: Es geht hier (anders als bei den föderativen Streitigkeiten i.e.S. und beim Organstreit) nur um die **aktive** Prozeßführungsbefugnis, da die allgemeine Meinung die „öffentliche Gewalt“ nicht als Gegner (sondern als Gegenstand) der Verfassungsbeschwerde ansieht, dementsprechend für eine „**passive**“ Prozeßführungsbefugnis (Wer ist der richtige Beschwerdegegner?) hier kein Raum ist; siehe bereits den Hinweis oben unter 4 vor 4.1.

⁵⁰ Siehe z.B. BVerfGE 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**, RN 51-58.

⁵¹ Siehe z.B. BVerfGE 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**, RN 47, 48 hinsichtlich der Rechtsinhaberschaft (dort als „Beschwerdefähigkeit“ bezeichnet); BVerfG, 2. Kammer des Ersten Senats, B v 4. Oktober 2022, 1 BvR 382/21, RN 6-8 (dort als „Beschwerdeberechtigung“ bezeichnet).

⁵² BVerfGE 31, 145 (174f.); 82, 159 (191); 115, 276 (299f.).

⁵³ BVerfGE 138, 296 RN 147-153.

⁵⁴ BVerfGE 138, 296 RN 147, 149 mit Verweis auf BVerfGE 80, 137 (153) und BVerfGK 10, 234 (239).

⁵⁵ Siehe aus der jüngeren Rechtsprechung BVerfGE 141, 1 RN 71, 72; 144, 20 (**AB 92**), RN 607-627 (zur konventionsfreundlichen Auslegung des Grundgesetzes überhaupt und speziell seines Art. 21); BVerfGE 149, 293 RN 86-89, 103; 151, 1 RN 61-66, 78-82; 151, 101 RN 58; 156, 182 – Rumänien II **79-18**, RN 63; BVerfG, 2. Kammer des Zweiten Senats, B v 30. Januar 2020, 2 BvR 1005/18, RN 40; BVerfG, 3. Kammer des Zweiten Senats, B v 20. Mai 2021, 2 BvR 2595/18, RN 23. Siehe auch **AB 120** unter III 2. **Aktuellere Nachweise?????**

⁵⁶ BVerfGE 154, 152 RN 84 – BND-Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung; 155, 119 RN 83-87 – Bestandsdatenauskunft II; 156, 11 RN 63-69 – Antiterrordateigesetz II; BVerfGE 157, 30 – Klimaschutz **AB 79-1**, RN 141; 158, 170 RN 23 – IT-Sicherheitslücken; BVerfG, B v 9. Dezember 2022, 1 BvR 1345/21 – Polizeiliche Befugnisse nach SOG M-V, RN 35 (dort als Frage der Zuständigkeit des Gerichts noch vor der Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde [zu ihr anschließend RN 36-84] behandelt).

⁵⁷ BVerfGE 152, 152 – Recht auf Vergessen I, RN 39; BVerfG E 154, 152 – BND-Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung, RN 65, 66.

BVerfGE 158, 1 – Ökotox-Daten, RN 35, 56, 74-80, prüft im Rahmen der Begründetheit einer (ohne weitere Darlegung für zulässig erachteten) Verfassungsbeschwerde nach einer weitschweifigen Darlegung ihrer Gemeinsamkeiten Grundrechte des Grundgesetzes und Grundrechte der EU-Charta **nebeneinander** [!].

⁵⁸ Die Aufzählung ist z.B. für BVerfGE 157, 30 – Klimaschutz **AB 79-1**, RN 112, ein (guter) Grund, in Art. 20a GG kein beschwerdefähiges Recht zu entdecken. Nicht ernst nimmt sie das Gericht hingegen, wenn es um die Unionsgrundrechte geht (siehe unter 5.1.2 mit EN 67).

⁵⁹ BVerfGE 89, 115 (187); 123, 267 (329-333, 335f., 340); 125, 385; 126, 158; 129, 124 (169, 177); 132, 195 (234f., 238); 134, 366 (380f.); 135, 317 RN 125; 142, 123 RN 126, 130; 146, 216 – PSPP EZB I, RN 46-50; 151, 202 – Europäische Bankenunion, RN 91-96, 118; 153, 74 – Einheitliches Patentgericht, RN 96-99, 138; 154, 17 – PSPP EZB II, RN 90; 138 157, 332 – ERatG-eA **AB 105b**, RN 79, 82-86; 164, 193 – ERatG-NGEU **AB 79-7**, RN 106-116.

Eingrenzungen in BVerfGE 135, 317 RN 123-149.

⁶⁰ BVerfGE 65, 1; 103, 21; 130, 151; 156, 63; 162, 1 – BayVerfassungsschutzG; BVerfG, 2. Kammer des Zweiten Senats, B v 29. Juli 2022, 2 BvR 54/22.

⁶¹ BVerfGE 120, 274 (302-316); 124, 43 (57); 133, 277 RN 226; 141, 220 RN 80, 209 ff.; 158, 170 – IT-Sicherheitslücken RN 26-44.

⁶² VerfGH Berlin, LVerfGE 12, 15 (20-24) – Art. 17 VvB.

⁶³ VerfGH Berlin, LVerfGE 1, 56 (60-62) – seit 1995: Art. 6 VvB.

⁶⁴ VerfGH Berlin, LVerfGE 1, 99 (102-104); 17, 3 (7); 19, 22 (28) – vermittelt über die Meinungs- und Informationsfreiheit, Art. 14 VvB (= Art. 8 VvB a.F.).

⁶⁵ VerfGH Berlin, LVerfGE 17, 3 (7) – vermittelt über die Meinungs- und Informationsfreiheit, Art. 14 VvB.

⁶⁶ Siehe BVerfGE 96, 345.

⁶⁷ BVerfGE 152, 216 – Recht auf Vergessen II **AB 79-17**, RN 32-84 (Subsumtion RN 96-136 [kein Verstoß]); 156, 182 – Rumänien II **79-18** RN 34-39 (Subsumtion RN 70-81 [Verstoß]); BVerfG (1. Kammer des Zweiten Senats), Beschlüsse vom 27. April 2021 (2 BvR 156/21, RN 15-28) und vom 18. August 2021 (2 BvR 908/21, RN 23-37).

Grundgesetz und Bundesverfassungsgerichtsgesetz sehen derartiges nicht vor. Der Bundesgesetzgeber sollte klarstellend oder korrigierend eingreifen; er wird es nicht tun.

⁶⁸ Zu Grundrechten von **Kindern** zuletzt BVerfGE 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**, RN 47.

⁶⁹ Ausdehnung nach Maßgabe von BVerfGE 129, 78.

⁷⁰ BVerfGE 157, 30 – Klimaschutz **AB 79-1**, RN 101 (prozessual), 175-181 (materiellrechtlich).

⁷¹ Siehe nur etwa BVerfGE 138, 64 RN 53, 55; BVerfG, 2. Kammer des Ersten Senats, B v 4. Oktober 2022, 1 BvR 382/21, RN 7; BVerfGE 163, 363 – EPA **AB 79-16**, RN 111-113; VerfG Brandenburg, LVerfGE 17, 3 (6); 22, 94 (98-100).

⁷² Siehe z.B. BVerfGE 135, 90 RN 44; 158, 170 – IT-Sicherheitslücken, RN 21; 163, 363 – EPA **AB 79-16**, RN 101-103.

⁷³ VerfGH Berlin, LVerfGE 5, 10 (12); 15, 27 (34): Grundrechtsfähig sind solche juristischen Personen, „die sich nach dem in der Verfassung von Berlin zum Ausdruck kommenden Willen des Landesgesetzgebers (!?) auf die Einhaltung von Individualrechten sollen berufen können“.

⁷⁴ BVerfGE 143, 246 – 13. AtG-Novelle (zu Vattenfall), RN 191-202.

⁷⁵ BVerfGE 143, 246 – 13. AtG-Novelle, RN 190 mit Nachweisen aus der Rechtsprechung.

⁷⁶ Z.B. BVerfGE 107, 299 (309f.); 119, 181 (211); 139, 148 RN 42, 43; 139, 321 RN 83; 143, 246 RN 189; BVerfG, 2. Kammer des Ersten Senats, B v 4. Oktober 2022, 1 BvR 382/21, RN 7-8.

Auch als Teilnehmerin am **privatrechtlichen** Verkehr wird die juristische Person des öffentlichen Rechts nicht über die von der Rechtsprechung gezogenen engen Grenzen der Grundrechtsfähigkeit hinaus zur Grundrechtsträgerin und damit tauglichen Verfassungsbeschwerdeführerin. Siehe BVerfG, 2. Kammer des Ersten Senats, B v 4. Oktober 2022, 1 BvR 382/21, RN 6-8.

⁷⁷ VerfGH Berlin, LVerfGE 3, 47 (48f.); 5, 49 (53); 15, 34 (45); U v 4. März 2009, 199/06, JR 2010, 59.

⁷⁸ VerfG Brandenburg, LVerfGE 17, 3 (6f.); 22, 94 (98).

⁷⁹ BVerfGE 129, 78 (94-100); 154, 152 – BND-Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung, RN 63-65; BVerfGE 163, 363 – EPA **AB 79-16**, RN 104.

⁸⁰ Siehe etwa BVerfGE 153, 182 – Suizidbeihilfe, RN 186-191; BVerfGE 163, 363 – EPA **AB 79-16**, RN 104-108.

⁸¹ BVerfGE 122, 342 (355).

⁸² VerfGH Berlin, LVerfGE 5, 10 (12); 15, 27 (34).

⁸³ BVerfGE 138, 64 RN 52-58.

⁸⁴ BVerfGE 138, 64 RN 59, 60.

⁸⁵ Zur Betroffenheit durch **Normen** z.B. BVerfGE 139, 148 RN 41-45; BVerfGE 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**, RN 51-61.

⁸⁶ Zu einer **Gerichtsentscheidung** z.B. BVerfGE 140, 42 RN 55-64 (Obersätze), 65-82 (Subsumtion).

⁸⁷ Zuletzt etwa BVerfGE 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**, RN 47, 48.

⁸⁸ Siehe z.B. BVerfGE 150, 244 – KFZ-Kennzeichenkontrollen Bayern RN 41-53 (mit teilweiser Abweichung von BVerfGE 120, 378).

⁸⁹ BVerfGE 150, 309 – KFZ-Kennzeichenkontrollen BW-HE **AB 79**, RN 33, verwirrt allerdings etwas: Die Möglichkeit der Rechtsverletzung (siehe in diesem Arbeitsblatt unter 5.4) begründet das Gericht mit dem (in BVerfGE 150, 244 als Frage des **materiellen** Rechts erörterten) Umstand, daß die Kennzeichenkontrollen einen Eingriff darstellten.

⁹⁰ **Bund:** BVerfGE 102, 197 (206); 122, 342 (358f.); 150, 309 – KFZ-Kennzeichenkontrollen BW-HE **AB 79**, RN 39; 156, 11 – Antiterrordateigesetz II, RN 58 (zum besonderen Fall der Selbstbetroffenheit durch die Norm, deren die konkrete Beeinträchtigung auslösender Vollzug regelmäßig unbekannt bleibt); 159, 223 – Bundesnotbremse I **AB 79-4**, RN 86; 159, 355 – Bundesnotbremse II **AB 79-5**, RN 31, 73; 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**, RN 52-54.

Berlin: VerfGH Berlin, LVerfGE 19, 1 (7).

Brandenburg: VerfG Brandenburg, LVerfGE 32, 120 (129).

⁹¹ **Bund:** BVerfGE 13, 230 (232f.) – Ladenschlußgesetz; 153, 182 RN 195, 196 – Suizidbeihilfe; 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**, RN 52.

Berlin: VerfGH Berlin, LVerfGE 19, 1 (7f.) – Kunde von Ladenöffnungszeiten selbst betroffen.

Brandenburg: VerfG Brandenburg, LVerfGE 31, 65 (69f.) – Gesunder durch Corona-bedingte Regeln für Einrichtungen nicht selbst betroffen.

⁹² **Bund:** BVerfGE 102, 197 (207); 122, 342 (355-357); 133, 277 RN 83; 138, 261 RN 22; 140, 42 RN 60; 157, 30 – Klimaschutz **AB 79-1**, RN 133, 134; 159, 223 – Bundesnotbremse I **AB 79-4**, RN 86; 159, 355 – Bundesnotbremse II **AB 79-5**, RN 31, 73; BVerfGE 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**, RN 57, 58.

Berlin: VerfGH Berlin, LVerfGE 12, 40 (54f.); 23, 28 (33f.).

Brandenburg: VerfG Brandenburg, LVerfGE 25, 191 (195f.).

⁹³ **Bund:** BVerfGE 133, 277 RN 83; 141, 220 – Vorratsdatenspeicherung, RN 82; 150, 309 – KFZ-Kennzeichenkontrollen BW-HE **AB 79**, RN 35-37; 154, 152 – BND-Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung, RN 72; 155, 119 – Bestandsdatenauskunft II, RN 73; 156, 11 – Antiterrordateigesetz I, RN 58; 162, 1 – BayVerfassungsschutzG, RN 99; BVerfG, B v 9. Dezember 2022, 1 BvR 13435/21 – Polizeiliche Befugnisse nach SOG M-V, RN 42.

⁹⁴ In der jüngeren Rechtsprechung als „eingriffsähnliche Vorwirkung“ bezeichnet: BVerfGE 157, 30 – Klimaschutz **AB 79-1**, RN 183-191; BVerfG, 1. Kammer des Ersten Senats, B v 18. Januar 2022, 1 BvR 1565/21 ua, RN 4, 9-11; BVerfG, 3. Kammer des Ersten Senats, B v 15. Dezember 2022, 1 BvR 2146/22, RN 5.

⁹⁵ Zu **Normen:** BVerfGE 102, 197 (207); BVerfGE 157, 30 – Klimaschutz **AB 79-1**, RN 117-125, 130; BVerfGE 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**, RN 56; VerfG Brandenburg, LVerfGE 31, 65 (69f.). Zu **Einzelakten:** 134, 366 RN 34.

⁹⁶ BVerfGE 133, 271 – Vorratsdatenspeicherung, RN 86, 87; 150, 309 – KFZ-Kennzeichenkontrollen BW-HE **AB 79**, RN 39; 154, 152 – BND-Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung, RN 73-78; 156, 11 – Antiterrordateigesetz II, RN 59; 159, 223 – Bundesnotbremse I **AB 79-4**, RN 86; 159, 355 – Bundesnotbremse II **AB 79-5**, RN 32; 162, 1 – BayVerfassungsschutzG, RN 97, 98; BVerfG, B v 9. Dezember 2022, 1 BvR 13435/21 – Polizeiliche Befugnisse nach SOG M-V, RN 43, 44.

⁹⁷ BVerfGE 148, 296 RN 108.

⁹⁸ BVerfGE 148, 267 – Stadionverbot, RN 28-29; 148, 296 RN 108; 149, 293 – Fixierung, RN 58, 59; 153, 1 – Kopftuch III, RN 75; 163, 43 – BVerfSchG Übermittlungsbefugnisse **AB 79-2**, Tenor Nr. 2, RN 76-77; VerfGH Berlin, LVerfGE 20, 65 (68); 20, 70 (76); VerfG Brandenburg, LVerfGE 23, 101 (108); B v 18. Februar 2022, VfGBbg 63/21, RN 23, 24.

⁹⁹ St. Rspr.. **Bund:** BVerfGE 131, 66 (79-88); 131, 239 (254f.); 157, 30 – BVerfGE 157, 30 – Klimaschutz **AB 79-1**, RN 98-107, 126-128, 139-140; BVerfGK 14, 95 (97f.); 14, 372 (376-378); 14, 404 (416-421); 19, 122 (126-128); 19, 306 (313f.); 19, 362f.

Berlin: VerfGH Berlin, LVerfGE 18, 99 (106f.); 18, 111 (114).

In der **Klausur** sollten Sie die Substantiiertheit des Beschwerde-Vortrags ausdrücklich erwähnen und unterstellen; die Kürze des Sachverhalts wird es Ihnen idR nicht erlauben, sie wirklich zu beurteilen.

¹⁰⁰ Siehe auch §§ 51-55 ZPO; § 62 VwGO; § 58 FGO; § 71 SGG.

¹⁰¹ **Bund:** BVerfGE 72, 122 (132-137); BVerfG, 2. Kammer des Ersten Senats, B v 4. April 2009, 1 BvR 469/09; BVerfG, 3. Kammer des Ersten Senats, B v 22. Mai 2013, 1 BvR 372/13; BVerfG 2. Kammer des Ersten Senats, B v 5. Dezember 2016, 1 BvR 2569/16; BVerfG, 2. Kammer des Ersten Senats, B v 3. Februar 2017, 1 BvR 2569/16; BVerfG, 1. Kammer des Ersten Senats, B v 15. Dezember 2020, 1 BvR 1395/19, RN 21-29; BVerfGE 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6** RN 48.

Berlin: VerfGH Berlin, B v 7. Juni 2011, 38 A/11, RN 14.

Brandenburg: VerfG Brandenburg, LVerfGE 25, 174 (182).

¹⁰² BVerfGE 149, 293 RN 52-57.

¹⁰³ BVerfGE 51, 405 (407-409).

¹⁰⁴ BVerfGE 51, 405 (409).

¹⁰⁵ BVerfG, 2. Kammer des Ersten Senats, B v 22. März 2013, 1 BvR 791/12.

¹⁰⁶ BVerfGE 157, 30 – Klimaschutz **AB 79-1**, RN 136, 137, 112.

¹⁰⁷ Die Texte sind eindeutig. Die (gebotene) Erschöpfung des Rechtsweges **nach** Erhebung der Beschwerde macht diese nicht nachträglich zulässig. Siehe nur VerfG Brandenburg, LVerfGE 21, 75 (76f.).

¹⁰⁸ Die Fristen der Rechtsbehelfe, die im fachgerichtlichen Rechtsweg einzuhalten sind, ergeben sich allein aus dem Prozeßrecht der Fachgerichte. Es ist klar (und je nach Lage unvermeidlich), daß die Beschreitung des Rechtswegs in der Regel dazu führt, daß die anschließende Verfassungsbeschwerde nicht innerhalb von einem Monat (Bund) oder zwei Monaten (Berlin, Brandenburg) zwischen dem ursprünglichen Hoheitsakt und der Beschwerde erhoben werden kann, denn die Beschreitung des fachgerichtlichen Rechtswegs nimmt erfahrungsgemäß mehr Zeit in Anspruch. Dies gilt in besonderem Maße, wenn das fachgerichtliche Prozeßrecht gar keine Fristen vorsieht. In keinem Fall „wirken“ die Verfassungsbeschwerde-Fristen in dem Sinne „vor“, daß der Kläger sie bereits **während** der fachgerichtlichen Verfahren zu beachten hätte. Ohne Einfluß auf den Gang und die Dauer des fachgerichtlichen Rechtsweges zu nehmen, knüpfen sie allein an die letzte fachgerichtliche Entscheidung an – wann immer sie ergeht.

Ausführlich und umsichtig erörtert die Rechtslage (nach dem Stand von 2018) VerfG Brandenburg, LVerfGE 29, 51 (58-62).

¹⁰⁹ BVerfGE 96, 345 (371f.).

¹¹⁰ Das ist insbesondere dann nicht der Fall, wenn nach ständiger fachgerichtlicher Rechtsprechung keine Aussicht auf Abhilfe besteht. BVerfGE 78, 58 (67). St. Rspr.; siehe zuletzt BVerfG, 2. Kammer des Zweiten Senats, B v 3. März 2023, 2 BvR 1810/22, RN 15, 16; BVerfG, 1. Kammer des Zweiten Senats, B v 17. April 2023, 2 BvR 526/22, RN 4; BVerfG, 3. Kammer des Ersten Senats, B v 24. April 2023, 1 BvR 601/23, RN 8.

¹¹¹ „Sofort“ heißt: Ehe der Rechtsweg erschöpft ist. Das schließt den Fall ein, daß der Rechtsweg überhaupt noch nicht beschritten ist.

¹¹² Ob es das tut, steht in seinem Ermessen. „**kann** ... sofort entscheiden“ beschreibt die **Zuständigkeit**, **nicht** eine **Verpflichtung**, des Gerichts, sofort zu entscheiden. Zutreffend z.B. BVerfGE 8, 222 (226f. – auch mit Hinweis auf die Entstehungsgeschichte); 71, 305 (349); 86, 382 (388-390); BerlVerfGH, LVerfGE 5, 49 (54f.); BbgVerfG, LVerfGE 29,

111 (120). Trotz „allgemeiner Bedeutung“ und/oder „schweren Nachteils“ werden die Verfassungsgerichte auf der Erschöpfung des Rechtsweges vor allem dann beharren, wenn ihre Entscheidung von genauer und umfangreicher Tatsachen-Aufklärung (die sie nicht als primär ihre Aufgabe ansehen) abhängt; siehe so bereits BVerfGE 8, 222 (227).

Von den 12 Bundesländern, die eine Individualverfassungsbeschwerde kennen, sehen neben Berlin und Brandenburg weitere 8 ebenfalls diese Sofort-Entscheidungsmöglichkeit vor (Baden-Württemberg, Hessen [mit etwas abweichender Formulierung], Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, das Saarland, Sachsen, Thüringen). Nur Bayern und Sachsen-Anhalt schweigen.

¹¹³ BVerfGE 96, 345 (372).

¹¹⁴ Wann ein „Ausnahmefall“ vorliegt, ist völlig ungewiß. Wie oft darf das Verfassungsgericht vorher bereits „sofort“ entschieden haben? Kommt es überhaupt auf die Häufigkeit der Sofortentscheidungen im Vergleich zu den Entscheidungen nach Erschöpfung des Rechtsweges an? Wie sinnvoll ist es, den statistischen Zufall entscheiden zu lassen? Wahrscheinlich ist die Formulierung nur ein unbeholfener Hinweis des Gesetzgebers darauf, daß das Gericht mit den Tatbestandsvoraussetzungen der Sofort-Entscheidung nicht allzu großzügig umgehen darf. Er hätte besser auf sie verzichtet; kein anderer Gesetzgeber verwendet sie. Die Entstehungsgeschichte gibt (auch insofern weit) keinen Aufschluß.

Der brandenburgische Gesetzgeber (und nicht nur er) liebt die Floskel. Siehe nur Art. 39 VI 1 LV. Gelegentlich verstärkt er sie durch Adjektive wie „besondere“ (aktuelle Beispiele: § 17 V 1 JAG; § 18 III 1 HeilBerG) oder „begründete“ (aktuelle Beispiele: § 14 VI 6 Haushaltsgesetz 2023/24; § 12 V 3 MedienStVG).

¹¹⁵ BVerfG (1. Kammer des Zweiten Senats), B v 6. Dezember 2021, 2 BvR 2164/21 **AB 79-10**, RN 16.

¹¹⁶ **Trotz** „allgemeiner Bedeutung“ entscheidet das Gericht **nicht** vorab, wenn die Ausschöpfung des fachgerichtlichen Rechtsweges eine für den Fall maßgebliche Klärung einfachrechtlicher Vorfragen oder die Feststellung von auch für die verfassungsrechtliche Beurteilung erheblichen Tatsachen erwarten läßt. Es nutzt auf diese Weise sein ihm durch das Wort „kann“ eingeräumte Ermessen. St. Rspr.; siehe etwa BVerfGE 145, 365 RN 19-32.

¹¹⁷ BVerfG (1. Kammer des Zweiten Senats), B v 6. Dezember 2021, 2 BvR 2164/21 **AB 79-10**, RN 1.

¹¹⁸ BVerfGE 107, 395 (414); 112, 50 (60); 129, 78 (92); 138, 261 RN 23; 140, 229 RN 10, 15; 142, 268 RN 44; 143, 246 RN 211; 150, 309 RN 44; 155, 238, RN 67; 157, 30 – Klimaschutz **AB 79-1**, RN 139, 140; 159, 223 – Bundesnotbremse I **AB 79-4**, RN 101-103; 159, 355 – Bundesnotbremse II **AB 79-5**, RN 40; 162, 1 – BayVerfassungsschutzG, RN 100-102 – ständige (durch Verfassung und Gesetz nicht eindeutig gedeckte) Rechtsprechung.

¹¹⁹ **Bund**: BVerfGE 111, 333 (352).

Brandenburg: VerfG Brandenburg, LVerfGE 17, 146 (150f.).

¹²⁰ **Bund**: BVerfGE 110, 1 (12).

Berlin: VerfGH Berlin, LVerfGE 18, 120 (122f.); 19, 13 (15f.); 19, 17 (21).

Brandenburg: VerfG Brandenburg, LVerfGE 19, 13 (15f.); 19, 17 (21f.); 22, 89 (93f.); 30, 91 (94-96).

¹²¹ BVerfG, 2. Kammer d Ersten Senats, B v 10. Dezember 2020, 1 BvR 1837/19, RN 4-9 – Suizidhilfe (sehr weitgehend).

¹²² **Bund**: BVerfGE 104, 65 (70f.); BVerfGK 14, 278 (282); BVerfG, 2. Kammer des Ersten Senats, B v 30. März 2011, 1 BvR 426/10, RN 3; BVerfGK 18, 436 (439f.).

Berlin: VerfGH Berlin, LVerfGE 18, 123 (131f.); 19, 32 (35); 21, 3 (12f.); 22, 69 (79); B v 25. April 2013, 31/13, 31A/13, RN 13.

Brandenburg: VerfG Brandenburg, LVerfGE 18, 123 (131); 19, 32 (35); B v 21. Oktober 2011, VfGBbg 34/11, RN 8-13.

¹²³ **Bund**: BVerfGE 150, 309 – KFZ-Kennzeichenkontrollen BW-HE **AB 79**, RN 41-45; 154, 152 – BND-Ausland-Ausland-Fernmeldeaufklärung, RN 78-80; 155, 378 – 16. AtG-Novelle, RN 32-34; 156, 11 – Antiterrordateigesetz II, RN 60-61; 157, 30 – Klimaschutz **AB 79-1**, RN 139f.; 158, 170 – IT-Sicherheitslücken, RN 68-72; 162, 1 – BayVerfassungsschutzG, RN 100-

102; BVerfG, B v 9. Dezember 2022, 1 BvR 1345/21 – Polizeiliche Befugnisse nach SOG M-V, RN 45-47.

Berlin: VerfGH Berlin, LVerfGE 15, 3 (11-16); 16, 29 (37-39).

Brandenburg: VerfG Brandenburg, LVerfGE 17, 146 (150f.).

¹²⁴ **Bund:** BVerfGE 94, 12 (32); 101, 54 (74); 102, 254 (296); BVerfG (1. Kammer des Zweiten Senats), B v 6. Dezember 2021, 2 BvR 2164/21 **AB 79-10**, RN 15-17 – § 90 II 2 BVerfGG entsprechend.

Berlin: VerfGH Berlin, LVerfGE 12, 40 (56f.); 19, 22 (28); 19, 32 (35) – § 49 II 2 VerfGHG entsprechend.

Brandenburg: VerfG Brandenburg, LVerfGE 17, 146 (151f.) – § 45 II 2 VerfGG entsprechend.

¹²⁵ **Bund:** BVerfGE 140, 229 RN 10, 14, 15; 149, 407 – Rotmilane RN 8-14.

¹²⁶ **Bund:** BVerfGE 112, 50 (60-63); 129, 78 (92f.); BVerfG (2. Kammer des Ersten Senats), B v 19. April 2017, 1 BvR 1994/13, RN 11-16; BVerfG (1. Kammer des Ersten Senats), Beschluß vom 27. November 2017, 1 BvR 1555/14, RN 17-18. **Brandenburg:** VerfG Brandenburg, LVerfGE 22, 103 (110-112).

¹²⁷ Rechtserhebliche Akte der „sonstigen“ Art dürfte es, so weit die Rechtsweggarantien in Art. 19 IV GG, Art. 15 IV VvB, Art. 6 I BbgLVerf. reichen, nicht geben.

¹²⁸ Änderungen einer Norm setzen die Frist nicht erneut in Gang, wenn sie rein redaktioneller Natur sind. Umgekehrt kann es liegen, wenn die angegriffene Norm nicht unmittelbar, aber mittelbar durch die Änderung ihres Umfeldes geändert wurde. Siehe BVerfGE 141, 220 RN 85; BVerfG (1. Kammer des Ersten Senats), B v 22. Februar 2017, 1 BvR 2875/16, mit zahlreichen Nachweisen aus der Rechtsprechung.

¹²⁹ BVerfGE 150, 309 – KFZ-Kennzeichenkontrollen BW-HE **AB 79**, RN 46-48.

¹³⁰ Beispiel: BVerfGE 135, 126 RN 30-39.

¹³¹ Beispiel: VerfG Brandenburg, LVerfGE 29, 51 (63f.).

¹³² Oft auch als „allgemeines“ Rechtsschutzbedürfnis bezeichnet. Eine **ungeschriebene** Sachentscheidungsvoraussetzung, nach der zusätzlich gefragt wird, wenn alle anderen Sachentscheidungsvoraussetzungen vorliegen.

¹³³ Siehe zuletzt z.B. BVerfGE 159, 223 – Bundesnotbremse I **AB 79-4**, RN 97-99; 159, 355 – Bundesnotbremse II **AB 79-5**, RN 40; BVerfGE 162, 378 – Infektionsschutzgesetz: Nachweis der Masernimpfung **AB 79-6**, RN 60, 61.

¹³⁴ BVerfGE 148, 296 RN 108.

¹³⁵ **Bund:** oben EN 98.

Berlin: VerfGH Berlin, LVerfGE 15, 17 (24-27); 15, 66 (72f.); 18, 111 (114f.); 25, 138 (142).

Brandenburg: VerfG Brandenburg, LVerfGE 18, 111 (114f.); B v 25. Februar 2011, 46/10, RN 8-13; LVerfGE 26, 110 (116-119); 29, 80 (85f.).

¹³⁶ Auf das „objektive“ Klarstellungsinteresse kommt es nur an, wenn das eigentlich relevante „subjektive“ Rechtsschutzinteresse oder -bedürfnis fehlt. Nur dann prüfen Sie also diese Sachentscheidungsvoraussetzung.

¹³⁷ BVerfGE 109, 279 (304); 124, 300 (318f.); 141, 220 RN 77; 153, 182 – Suizidbeihilfe, RN 181-183.

¹³⁸ BVerfGE 109, 279 (304); 124, 300 (318f.); 141, 220 RN 77.

Siehe auch BVerfGK 14, 379 (380f.); BVerfG (1. Kammer des Zweiten Senats), B v 13. August 2013, 2 BvR 2660/06, RN 31.

¹³⁹ Beispiel: VerfG Brandenburg, LVerfGE 20, 133 (136).

¹⁴⁰ Dazu Schäfer, Grundrechtsschutz im Annahmeverfahren. Zur Senatsakzessorietät der Kammerjudikatur des Bundesverfassungsgerichts, Tübingen 2015 (FBB: PL 481 S294).

¹⁴¹ Die Änderung des Grundgesetzes 1969 nahm in die Verfassung auf, was im Bundesverfassungsgerichtsgesetz bereits vorher, also ohne **ausdrückliche spezielle** verfassungsrechtliche Ermächtigung, geregelt war:

die Verfassungsbeschwerden seit 1951,

das Gebot der vorherigen Rechtswegerschöpfung seit 1951, das Annahmeverfahren

seit 1956 in Gestalt der Vorprüfung (§ 91a; dazu BT-Drs. II/1662, 2388) und

seit 1963 in Form einer ersten Version des Annahmeverfahrens (§ 93a; Streichung des § 91a; dazu BT-Drs. IV/1224, 1366).

Nach der Verfassungsänderung 1969 folgten im Bundesverfassungsgerichtsgesetz 1970 eine kleinere Modifikation des seit 1963 geltenden Annahmeverfahrens und 1985 seine größere Umgestaltung (dazu BT-Drs. 10/2951, 4105).

¹⁴² Siehe auch das Annahmeverfahren in Hessen (§ 43a StGHG).

¹⁴³ **2019** erledigten die **Kammern 4.861** Beschwerden (davon durch Nichtannahme 4.793, 68 durch Stattgabe), die **Senate 10** (davon durch Zurückweisung 3, durch Stattgabe 7).

2020 erledigten die **Kammern 5.338** Beschwerden (davon 5.248 durch Nichtannahme, 90 durch Stattgabe), die **Senate 23** (davon 2 durch Zurückweisung, 21 durch Stattgabe); siehe die Statistik des Gerichts **AB 31**, S. 24 (= S. 19 nach der Paginierung des Gerichts).

2021 erledigten die **Kammern 4.999** Beschwerden (davon 4.944 durch Nichtannahme, 55 durch Stattgabe), die **Senate 10** (Die Art ihrer Entscheidung – Nichtannahme, Verwerfung, Zurückweisung, Stattgabe? – wird nicht mehr ausgewiesen); siehe Jahresbericht 2021 des Gerichts, S. 42 (Das etwas poppig geratene „Flipbook“, genannt „Jahresbericht“, ersetzt seit dem Berichtszeitraum 2021 die traditionelle Jahresstatistik, die nach frdl. Auskunft des Gerichts nicht mehr erscheinen wird. Des Lesens Kundige und an professionellere Statistiken Gewöhnte werden das bedauern; sie sollten froh sein, daß die Bildersprache bisher nicht auch noch in die Entscheidungen des Gerichts Einzug gehalten hat).

2022 erledigten die **Kammern 4.354** Beschwerden (davon 4.307 durch Nichtannahme, 47 durch Stattgabe), die **Senate 13** (Zur Art ihrer Entscheidungen verlautet auch diesmal nichts); siehe Jahresbericht 2022 des Gerichts **AB 31a**.

Die Zahlenverhältnisse (Kammern/Senate, Mißerfolg/Erfolg) in den vorangegangenen Jahren waren ähnlich. Die Entlastung der Senate als solcher ist unübersehbar, auch wenn die Tätigkeit in den Kammern den Richtern weniger Zeit für die Senatsarbeit läßt, also auf Kosten der Senate geht.

Jüngere Beispiele für besonders kurz angebundene **Nichtannahmen durch eine Kammer**: BVerfG (1. Kammer des Ersten Senats), B v 20. Oktober 2020, 1 BvR 2126/20; BVerfG (3. Kammer des Zweiten Senats), B v 29. Juni 2023, 2 BvR 760/23; BVerfG (1. Kammer des Zweiten Senats), B v 10. Juli 2023, 2 BvR 807/23.

Jüngeres Beispiel für die seltenen **Nichtannahmen** durch einen **Senat**: BVerfGE 162, 357 – Einheitliches Patentgericht II.

Jüngere Beispiele für die relativ seltenen **Annahmen und Stattgaben durch eine Kammer**: BVerfG (1. Kammer des Zweiten Senats), B v 7. Februar 2023, 2 BvR 1057/22 **AB 79-11**; BVerfG (1. Kammer des Zweiten Senats), B v 19. Mai 2023, 2 BvR 78/22 **AB 79-12**; BVerfG (3. Kammer des Zweiten Senats), B v 21. September 2023, 2 BvR 825/23 **AB 79-13**; BVerfG (3. Kammer des Ersten Senats), B v 22. September 2023, 1 BvR 422/23 **AB 79-14**; BVerfG (2. Kammer des Ersten Senats), B v 15. November 2023, 1 BvR 52/23 **AB 79-15**; BVerfG (1. Kammer des Zweiten Senats), B v 18. Dezember 2023, 2 BvR 1368/23 (teilweise Annahme und Stattgabe).